

Widerstehen: damals – heute – morgen

Rechtzeitig zum 70-jährigen Jubiläum erscheint eine Broschüre, mit der wir den Mitgliedern, von denen viele erst in den letzten 25 Jahren zur VVN gestoßen sind, aber auch vielen Antifaschisten heutiger Generationen, die mit uns verbunden sind, einen kleinen illustrierten Rückblick auf die Organisationsgeschichte und Ausblick auf die Schwerpunkte unseres politischen Handelns geben wollen.

Dazu gehören der Kampf gegen alte und neue Nazis, gegen Rassismus und alle Formen der Rechtentwicklung, das Eintreten für Frieden und Abrüstung, die antifaschistische Erinnerungsarbeit, die das Vermächtnis der Frauen und Männer aus Widerstand und Verfolgung bewahren hilft und alle Formen von Geschichtsrevisionismus bekämpft, sowie die internationale Verbunden-

heit der antifaschistischen Organisationen. Eine wichtige Frage mit Blick auf die Vergangenheit und die Zukunft der VVN-BdA ist die der politischen Begründung antifaschistischen Handelns. Prof. Georg Fülberth hat dazu in einem informativen Aufsatz zentrale Aspekte der theoretischen Debatte unter der Überschrift »Kapitalismus – Faschismus – Antifaschismus« zusammengefasst. Welche Konsequenzen das für den politischen Charakter der VVN-BdA hat, beantwortet Ulrich Schneider in dem Essay »Antifaschistische Organisation: Parteiersatz – Bewegung – Bündnis?«.

Da unsere Organisation in der Tradition der Gründungsorganisation steht, werden in knapp dreißig Biogrammen Frauen und Männer der ersten Stunde, die aus Widerstand und Verfolgung, aus Haft oder dem Exil zurückkehrten, die VVN in ihren Ländern und 1947 gesamtdeutsch aufbauten, vorgestellt. Manche wie Emil Carlebach, Peter Gingold oder Kurt Goldstein sind vielen noch gut bekannt. Andere wie Lore Wolf, Prof. Hans Mayer und Gertrud Schröter sind nur noch langjährigen Mitgliedern ein Begriff. Doch die Namen, die Wurzeln der VVN, machen deutlich, dass es ungeachtet der unterschiedlichen politischen Orientierungen und gesellschaftlichen Vorstellungen eine große Gemeinsamkeit in der Verwirklichung des Vermächtnisses der Überlebenden »für eine neue Welt des Friedens und der Freiheit« gab.

Ulrich Schneider

Erinnerungs- und Gedenkaktionen in Heidelberg	3
Krieg säen und Terror ernten	5
Blumen für die AfD in Berlin	7
Erinnerung an Franz Heitges	9
Eine Gingold-Schule im Visier	11
Deportationsort Hannover	13
Einsatzgruppen-Mörder bestrafen!	14
Interbrigadista-Ausstellung in Radebeul	16

Ausstellung: »Neofaschismus in Deutschland«

19 Tafeln, Din A1: Verleihbedingungen,



Schulungen und Termine:
www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de

ULRICH SCHNEIDER

70 JAHRE VVN WIDERSTEHEN

DAMALS – HEUTE – MORGEN

HERAUSGEGEBEN IM
AUFTRAG DER VERBANDSLEITUNG
VON DER VVN-BD A
NACH DEM BUNDESVERBAND DER
ANTIFASCHISTEN



Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Verbotsantrag erwartet nonpd – NPD-Verbot muss kommen!

Für den 17. Januar 2017 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das Urteil für das vom Bundesrat beantragte Verbot der neofaschistischen NPD angekündigt.

Als die Bundesländer erneut den Verbotsantrag stellten, nachdem das erste Verfahren wegen formaler Fehler abgewiesen wurde, hatten sie mit vielen guten Gründen auf den verfassungswidrigen Charakter von Programmatik und Praxis der NPD hinweisen können. Auch wenn sich die Bundesregierung und der Bundestag dem Verfahren formell nicht anschlossen, gab es keinen Zweifel, dass diese Partei nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht.

Seit einigen Tagen geistern nun Spekulationen durch die Medien

über ein mögliches Urteil, die uns als antifaschistische Organisation alarmieren müssen. »Juristische Experten« spekulieren angesichts der unterschiedlichen politischen Präsenz der NPD ganz offen über ein regionales Teilverbot der Partei. Sie leiten das aus der inhaltlichen Tendenz der mündlichen Beweisaufnahme ab. Dabei kennt das deutsche Parteiengesetz eine solche Möglichkeit überhaupt nicht. Andere begründen bereits ein negatives Urteil damit, dass europäisches Recht ein Parteienverbot nicht

kenne, wobei die NPD doch für sich das deutsche Parteienprivileg in Anspruch nimmt.

Die VVN-BdA, die 2007 die Kampagne »nonpd« initiiert hat, bei der sich über 175.000 Menschen für ein NPD-Verbot eingesetzt haben, ist in Sorge, dass mit diesen medialen Spekulationen ein negatives Urteil des BVerfG publizistisch vorbereitet werden soll.

Wir sagen dazu in aller Klarheit: Wer die antifaschistischen und demokratischen Wurzeln des Grundgesetzes ernst nimmt, kann nur ein Verbot der neofaschistischen NPD aussprechen.

Wer der NPD bescheinigt, sie sei Teil des »demokratischen Par-

teienspektrums«, der legitimiert damit deren Ideologie des Rassismus, Antisemitismus und der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Minderheiten.

Wer die NPD legitimiert, der akzeptiert damit auch die zunehmenden gewalttätigen Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund, wie wir sie verstärkt in den vergangenen Monaten erleben mussten.

Wir erwarten daher vom Bundesverfassungsgericht ein klares Signal gegen die NPD, das dem Grundgesetz – insbesondere Artikel 2,1 »Die Würde des Menschen ist unantastbar« – Rechnung trägt.

Dr. Ulrich Schneider,
Bundessprecher der VVN-BdA

<http://vvn-bda.de/nonpd-npd-verbot-muss-kommen/>

Stellungnahme des Bundessprecher_innenkreises der VVN-BdA

Erdogan isolieren!

Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in der Türkei

Am 7. Juni 2015 verloren der türkische Präsident Erdogan und seine Partei, die AKP, ihre absolute Mehrheit im Parlament. Die HDP, die Demokratische Partei der Völker, hatte mit 13,8 Prozent der Wählerstimmen als erste mehrheitlich kurdische Partei die 10-Prozent-Hürde überschritten und 80 der 550 Sitze im Parlament gewonnen.

Ende Juli 2015 erklärte Erdogan den Friedensprozess für beendet, seit August 2015 führt er erneut Krieg gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten der Türkei. Die Angriffe durch Polizei und Militär folgen immer dem gleichen Muster: Eine Ausgangssperre wird verhängt, Strom, Gas, Wasser und Internetverbindungen werden unterbrochen, anschließend folgen Raketen- und Bombenangriffe auf die betroffenen Städte oder Stadtteile. Scharfschützen schießen auf jeden, der sich bewegt.

Die Anwältinnen Britta Eder und Petra Dervishaj haben in Zusammenarbeit mit dem Verein für Demokratie und internationales Recht MAF-DAD und im Namen zahlreicher weiterer Personen und Organisationen gegen Erdogan und weitere Verantwortliche für die in diesem Zusammenhang verübten Massaker

im Juni 2016 bei der Generalbundesanwaltschaft Strafanzeige wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestellt.

Wir verlangen, dass das Verfahren nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch zügig eröffnet wird!

Amnesty International schreibt in seinem Jahresbericht für 2015:

»Nach den Parlamentswahlen im Juni 2015 und dem erneuten Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und den türkischen Streitkräften im Juli

verschlechterte sich die Menschenrechtssituation zunehmend. Die Medien waren 2015 beispiellosen Repressalien ausgesetzt und die Meinungsfreiheit wurde erheblich eingeschränkt, auch im Internet. Die Behörden verletzten das Recht auf Versammlungsfreiheit. ... Die Unabhängigkeit der Justiz wurde weiter untergraben. Bei Selbstmordanschlägen, die der bewaffneten Gruppe Islamischer Staat (IS) zugeschrieben wurden und die sich gegen linke und pro-kurdische Aktivisten und Demonstrierende richteten, wurden 139 Menschen getötet. ...«

Das alles war bekannt, als Bundeskanzlerin Merkel im Herbst 2015 mit Erdogan den Deal verhandelte, mit dem Erdogan gegen Milliarden-

Wir verlangen, dass das Verfahren nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch zügig eröffnet wird!

Zahlungen in seine Kriegskasse Europa die Flüchtlinge vom Hals hält.

Gleichzeitig wurde der Türkei die Aufnahme in die Liste der »sicheren Herkunftsländer« in Aussicht gestellt.

Das ist und bleibt ein Skandal.

Das Abkommen mit dem Diktator muss gekündigt werden, Flüchtlinge müssen in Europa aufgenommen werden, Asyl ist ein Menschenrecht!

Wir alle haben verfolgt, wie seit dem Putsch, dessen Urheber nach wie vor nicht bekannt sind, Massenverhaftungen, Folter, Massenentlassungen im öffentlichen Sektor in der Türkei zum Alltag geworden sind und wie jede kritische Mei-

nungsäußerung sofort mit massiver Repression verfolgt wird.

In der Nacht auf den 4. November 2016 wurden mehrere Abgeordnete der HDP, darunter die Vorsitzenden Figen Yüksesdag und Selahattin Demirtas, festgenommen und werden seitdem in Untersuchungshaft festgehalten. Unter anderem wird ihnen von den türkischen Behörden Mit-

Angesichts der unübersehbaren Entwicklung der Türkei zu einer Diktatur ist jede Unterstützung der türkischen Regierung einzustellen.

gliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Dagegen hat sogar Außenminister Steinmeier offiziell durch Einbestellung des türkischen Gesandten protestiert. Das genügt nicht.

Am 12. Dezember wurden weitere 235 Vertreter_innen der HDP bei Razzien verhaftet, Büros der Partei, u. a. in Istanbul, wurden verwüstet.

Angesichts der unübersehbaren Entwicklung der Türkei zu einer Diktatur ist jede Unterstützung der türkischen Regierung einzustellen.

Die VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten steht fest an der Seite der fortschrittlichen Kräfte in der Türkei.

Abschied von aktiven, treuen Mitstreitern Stephan und Günter

Die Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA verlor innerhalb von drei Wochen zwei langjährige Mitstreiter.

Am 24. Oktober verstarb nach kurzer schwerer Krebserkrankung Stephan Feldhaus im Alter von nur 47 Jahren. Stephan kam vor acht Jahren im Rahmen eines ABM-Projektes zur Sicherung unseres Archivs zu uns und hat danach in Teilzeit für uns weitergearbeitet. Er war zuständig für die Online-Präsentation der »antifa«, Korrekturen, Übersetzungen, Versand und alles mögliche Andere. Er war ein sehr aufgeschlossener Mensch, ausgeglichen, voll hessischem Humor und hatte überhaupt eine positive Ausstrahlung, mit der er uns über viele Schwierigkeiten hinweggeholfen hat. Auch mit seiner Krankheit ging er mit bewundernswerter Tapferkeit und Galgenhumor um.

Am 16. November verstarb unser Buchhalter Günter Hoppe im Alter von 82 Jahren. Er hatte vor 35 Jahren hauptamtlich beim »Komitee antifaschistischer Widerstandskämpfer der DDR« angefangen, ist dann über den IV VdN zur VVN-BdA gekommen und hat dem Antifaschismus als Buchhalter immer »treu gedient«. Als alter Militär hätte er das wohl selbst so ausgedrückt. Für die Bundesvereinigung war er seit

dem Zusammenschluss der ost- und westdeutschen Verbände ein unbedingt verlässlicher Fels, wenn es um Finanzen und organisatorische Fragen ging.

Auch schwierige Aktionen machte er mit, so noch im März in Riga. Er gehörte zu der kleinen Gruppe der von der lettischen Polizei festgenommenen und abgeschobenen Demonstranten.

Persönlich war er jemand mit vielen Interessen und Kenntnissen, selbstlos und auf seine Mitmenschen bedacht. Im August musste er, der bis fast zuletzt sehr sportlich war, wegen einer schweren Krebserkrankung ausscheiden. Er machte sich die Mühe, mit gewohnter Genauigkeit die Geschäfte an unseren neuen Buchhalter Andreas Schmiemann zu übergeben. Im September konnten wir uns noch von ihm beim Bundesausschuss verabschieden.

Stephans Urne begleiteten wir mit zahlreichen Trauergästen auf seinem letzten Weg und feierten anschließend mit seinen Fußballfreunden – so, wie er es gewollt hätte. Günters Asche wurde seinem Wunsch entsprechend über dem Meer verstreut.

Thomas Willms

VVN-BdA Bundesvereinigung

Postanschrift: Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin

Telefon und Fax: VVN-BdA Bundesvereinigung
Telefon: 030-55579083-2, Fax: 030-55579083-9

Weitere Anschlüsse, Telefon:
- Zeitschrift »antifa«: 030-55579083-5

- Fédération Internationale des Résistants -
Association Antifasciste (FIR): 030-55579083-4

- Berliner VVN-BdA, Telefon: 030-55579083-0
Fax: 030-55579083-8

Für Besucher: U-Bahn-Haltestelle
»Magdalenenstraße«, das Büro ist in der
Magdalenenstraße auf der linken Seite,
Eingang über den Hof.

41. Landeskonferenz der VVN-BdA Baden-Württemberg

Antifaschismus bleibt tägliche Aufgabe!

Unter diesem Motto fand am 5. und 6. November die 41. Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Baden-Württemberg in Esslingen am Neckar statt. Die Bilder im Logo zeigen einige der Gründer der VVN: Friedrich Schlotterbeck, Fritz Salm, Hans Gasparitsch, Gertrud Müller und Alfred Hausser.



Ihr Vermächtnis:

Antifaschismus bleibt tägliche Aufgabe.

Stärken wir die VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten !

Die ca. 70 Delegierten und Gastdelegierten bereiteten sich in dieser Konferenz auf das 70. Gründungsjahr der VVN 2017 vor. In allen drei Orten, in denen entsprechend der damaligen Zoneneinteilung Landesverbände der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes gegründet wurden, sollen am jeweiligen Gründungstag Festveranstaltungen der VVN stattfinden, nämlich in Stuttgart, Freiburg und Tübingen.

In allen 20 baden-württembergischen Kreisvereinigungen wollen die Mitglieder der VVN-BdA das Jubiläumsjahr nutzen, die Organisation zu stärken, die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern und vor allem neue Mitglieder zu gewinnen.

Dazu beschlossen die Delegierten eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen und Vorhaben.

Ein Höhepunkt der Konferenz war die Verleihung des Alfred-Hausser-Preises an den Verein »Geraubte Kinder - vergessene Opfer«, der das Schicksal von Kindern erforscht und

dokumentiert, die von den Nazis in den besetzten Ländern geraubt und in Deutschland zwangs-«germanisiert» wurden (siehe Bericht an anderer Stelle in dieser »antifa«).



Mit gleich vier Landessprecherinnen gut aufgestellt fürs Jubiläumsjahr - der neue Geschäftsführende Landesvorstand: vordere Reihe (v.l.n.r.) – Janka Kluge, Silvia Schulze, Ilse Kestin, Lilo Rademacher, hintere Reihe – Dieter Lachenmayer, Bernhard Mainz, Lothar Letsche, Karl-Martin Matt. Foto: Thomas Trüten

Mit der aktuellen Herausforderung durch die Wahlerfolge der AfD befasste sich das Gastreferat des Hamburger Sozialwissenschaftlers

Richard Detje, das die Delegierten aufmerksam verfolgten. Die dem Referat folgende spannende Diskussion schlug sich in einem ebenfalls einstimmig beschlossenen Antrag »Rassismus und menschenverachtenden Populismus zurückweisen« nieder.

Dass die VVN-BdA auch für das 70. Jahr ihrer bis heute so notwendigen antifaschistischen Arbeit gut vorbereitet ist, zeigte das Ergebnis der turnusmäßig erfolgten Wahlen: Mit Ilse Kestin, Janka Kluge, Lilo Rademacher und Silvia Schulze stehen künftig gleich vier Frauen als gleichberechtigte Landessprecherinnen an der Spitze des baden-württembergischen Landesverbands.

Dieter Lachenmayer

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

Erinnerungs- und Gedenkaktionen in Heidelberg

Nichts ist vergessen – und niemand

Die Seitzstraße im Heidelberger Stadtteil Neuenheim erhielt auf Initiative der VVN-BdA so genannte Legendenschilder, die an die beiden im antifaschistischen Widerstand kämpfenden Käthe und Alfred Seitz erinnern.

Nach monatelangem Hin und Her mit der Stadtverwaltung konnten Ende September die Schilder vor Ort enthüllt werden. Die Stadt Heidelberg sprach in einer Pressemitteilung von einem »wichtigen Beitrag für die Erinnerungskultur«.

»Wir müssen alles dafür zu tun, dass sich dieses dunkle Kapitel der Geschichte niemals wiederholt«, unterstrich Bürgermeister Wolfgang Erichson im Rahmen der Enthüllung. Die Legendenschilder würden hierfür einen wichtigen Beitrag leisten. »Sie würdigen diejenigen, die

sich mutig und entschlossen gegen das NS-Regime gestellt haben und helfen dabei, dass die Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus nicht in Vergessenheit gerät.«

Bereits zum dritten Mal stiftete die VVN-BdA Legendenschilder zur Ergänzung von Straßenschildern, um die namensgebenden Widerstandskämpfer und -kämpferinnen gegen das NS-Regime zu würdigen. Die Enthüllung der Legendenschilder wurde begleitet von Musikbeiträgen und der feierlichen Verlesung des Abschiedsbriefs von Käthe Seitz. Im An-

schluss lud die VVN zu einer Gedenkstunde mit einem Vortrag zu dem Antifaschisten und der Antifaschistin aus Heidelberg ein.



Foto: VVN-BdA Heidelberg

Käthe Seitz (1894-1942) und Alfred Seitz (1903-1942) waren Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe um den Mannheimer Georg Lechleiter. Beide waren unter anderem an der Erstellung der Zeitung »Der Verbote - Informations- und Kampforgan gegen den Hitlerfaschismus« beteiligt. Anfang 1942 wurden sie zusammen mit vielen weiteren Widerstandskämpfern und -kämpferinnen aus der Rhein-Neckar-Region von der Gestapo verhaftet, wegen »Hochverrats« zum Tod verurteilt und am 15. September 1942 hingerichtet.

Nürnberg: Aufklärungs-Aktion zum 70. Jahrestag der Bayerischen Verfassung

Lesestoff für Markus Söder

Mit einer »kleinen Aktion« gingen am 1. Dezember in Nürnberg die Gewerkschaft ver.di und die VVN-BdA an die Öffentlichkeit, konkreter: vor das Heimatministerium am Lorenzer Platz. Ziel: »Auf den 70sten Jahrestag der Volksabstimmung zum Inkrafttreten der Verfassung des Freistaates Bayern aufmerksam machen.«

Fotos: VVN-BdA Nürnberg



Vor dem Heimatministerium: Kundgebung und Verfassungs-Präsent für den Minister.

»Die Grundgedanken der Verfassung«, hieß es im Einladungsschreiben, »verdienen mehr Beachtung, als die bayerische Staatsregierung ihnen seit Jahren zukommen lässt.« Weshalb »im Rahmen der Aktion auch ein Exemplar an Herrn Staatsminister Markus Söder übergeben werden« sollte.

Der Hausherr war zwar außer Haus, aber die Gabe wurde angenommen, und es wurde versichert, sie werde dem Herrn Minister zugeleitet. Georg Neubauer, Sprecher der VVN-BdA Nürnberg, leitete seine Ansprache mit einem Zitat ein, das

im Oktober 1945 als Überschrift über einem Artikel der Süddeutschen Zeitung gestanden hatte: »Bayerns antifaschistische Regierung«.

»Bayerns antifaschistische Regierung«

Verfasst hatte den Beitrag Edmund Goldschagg, einer der von den US-Behörden eingesetzten »Lizenzträger« des Blattes und damals zuständig für Politik und Wirtschaft. »Die neue bayerische Regierung«, hatte er geschrieben, »ist (...) erst im Werden. (...) Die neuen Männer des Kabinetts stehen im Lager

der Parteigruppen, mit denen für die nächste Zeit zu rechnen ist.« Goldschagg, vor 1933 Redakteur der SPD-Zeitung »Münchner Post«, zählte auf: »Die Regierung bestehe aus vier Anhängern der Sozialdemokratischen Partei, der der Ministerpräsident selbst angehört. Dann gehören ihr Kommunisten an, zum ersten Mal in der Geschichte Bayerns. Niemand wird den Anspruch der Kommunisten, in der Regierung vertreten zu sein, zu bestreiten wagen angesichts der großen Opfer, welche die Kommunisten in den Konzentrationslagern gebracht haben und angesichts der starken antifaschistischen Betätigung der Kommunisten vor und seit Hitlers Machtübernahme. Schließlich sind mehrere Minister Mitglieder der neuen bürgerlichen Sammelpartei, der Christlich-Sozialen Union. Doch ist keiner der Minister parteigebunden. Er gehört nicht als Vertreter seiner Partei dem Ministerium an. Der von der Militärregierung mit der Regierungsbildung beauftragte Ministerpräsident hat vielmehr Männer um sich geschart, die den Parteiströmungen angehören, die nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft berufen sind, den Wiederaufbau durchzuführen.«

Goldschaggs Resümee: »Die Regierung beruht also auf allen Kräften des Landes, die nicht na-

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto (bitte beachten: neue Bankverbindung, neue Nummern): VVN-BdA Bayern DE21 7015 0000 1003 3325 80; BIC: SSKMDEMXXX

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

ziverseucht sind, wie Dr. Hoegner es formulierte. Sondern die den Nationalsozialismus entweder von Anfang an bekämpft oder mit der Zeit als den größten Gegner aller Einrichtungen und Überlieferungen unserer europäischen Kultur erkannt haben.«

»Auffallend und aufschlussreich«, folgte Georg Neubauer aus den zitierten Sätzen, sei: »Kurz nach dem Sieg der Alliierten Armeen und damit der Befreiung Europas von der Nazidiktatur war es ganz normal, dieses Regime als das zu bezeichnen, was es tatsächlich war, nämlich faschistisch und verbrecherisch. Die Verantwortlichen wussten schließlich, wovon sie redeten und schrieben. Der erste Ministerpräsident Bayerns, Dr. Wilhelm Hoegner, hätte ganz sicher auch kein Problem gehabt, eine Losung der VVN-BdA zu unterschreiben: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Und es gab auch kein Problem, den Widerstand und die Kämpferinnen und Kämpfer gegen die Nazi-Diktatur als das zu bezeichnen, was sie waren: nämlich Antifaschisten.«

Davon seien auch Entstehung und Inhalte der Bayerischen Verfassung einige Monate später noch geprägt gewesen: »Unter den Männern und (wenigen) Frauen in der verfassungsgebenden Landesversammlung waren viele, die selbst in der NS-Zeit Verfolgung erlitten hatten, die im Widerstand waren oder ins Exil getrieben wurden. Darunter z. B. Ministerpräsident Hoegner selbst (er war im Exil) oder aus Nürnberg Lorenz Hagen (SPD) und Hermann Schirmer (KPD). Beide wurden in verschiedenen Konzentrationslagern barbarisch gefoltert. Diese Erfahrung brachten sie in die Beratungen über die neue Verfassung ein.« **E. B.**

Gelungener »Tag der Menschlichkeit« in Wunsiedel

Gegen braunes »Heldengedenken«

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Institutionen hatte auch die VVN-BdA Hof/Wunsiedel im November zur Kundgebung in Wunsiedel aufgerufen, und zahlreiche Mitglieder und Freunde trafen sich inmitten der 500 Gegendemonstranten gegen ein so genanntes Heldengedenken, veranstaltet von der Partei »Der dritte Weg«.

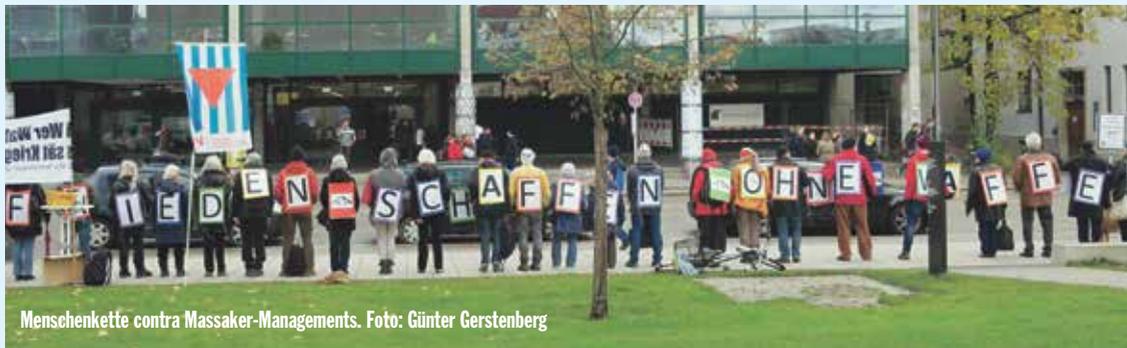
»Tag der Menschlichkeit« hieß das Motto der Gegenveranstaltung: ein fröhliches und würdevolles Miteinander in Wunsiedels Stadtmitte. Dass der heilige St. Martin just in diesem Jahr 1700 Jahre bekannt ist, war Grundlage der Idee, den Fackeln der Rechtsextremisten mit

bunten Lampions zu begegnen. Nanne Wienands, Sprecherin der VVN-BdA Hof/Wunsiedel, rief in ihrer Ansprache dazu auf, den rechtsextremen Zaungästen den Schritt zur Aussteigerhilfe EXIT nahezulegen. Vorher wies sie darauf hin, dass sich das »Heldengedenken« der extremen

Rechten nicht auf die Soldaten des Zweiten Weltkriegs beziehe, die ihren Kopf hinhalten mussten, sondern dass mit diesem Schweigemarsch den Befehlshabern, den Verbrechern, den Strippenziehern, den Verursachern des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs gedacht wird; denen, die sich bereichert haben an ihren Opfern und deren Schuld grenzenlos ist. Ihr lag am Herzen, alle Teilnehmer zu ermutigen, immer wieder nach Wunsiedel zu kommen, um Flagge zu zeigen für eine bunte Gesellschaft. **W. N.**

München: Protestkette gegen Rüstungsexporte und Auslandseinsätze

Krieg säen und Terror ernten



Menschenkette contra Massaker-Managements. Foto: Günter Gerstenberg

Vor der Mensa der Technischen Universität München hat Anfang November ein Aktionsbündnis von Gruppen aus der Friedensbewegung und der Gewerkschaft ver.di auf die deutsche Kriegsbeihilfe und die Verantwortung deutscher Politik für weitere Tote und Flüchtlingsströme hingewiesen.

»Wir weigern uns, Feinde zu sein« und »Frieden schaffen ohne Waffen« hießen die Slogans, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern

mit Buchstabentafeln formuliert wurden. Und es wurde aufgezeigt, dass hinter Fluchtursachen in aller Welt konkrete Namen stehen: Auf

weiteren Tafeln wurden Rüstungsfirmen in München und andernorts benannt.

Mit einem Flugblatt und kurzen Ansprachen wurden die Studentinnen und Studenten der TU aufgefordert, sich gegen die Einflussnahme der Rüstungsindustrie und der Bundeswehr auf Forschung und Lehre an den Hochschulen

zu wehren: Deutschland ist zum drittgrößten Rüstungsexporteur geworden und liefert Waffen an kriegführende Staaten. Darüber hinaus ist Deutschland mit Einsätzen der Luftwaffe gegen den sogenannten Kalifatstaat und mit Ausbildungshilfe für die Peschmerga-Miliz aktiv am Bürgerkrieg in Syrien und Irak beteiligt. Daher die Forderung der Friedensbewegung: Keine Verlängerung des Mandats für den Einsatz der Bundeswehr in Syrien.

»Wie Deutschland am Krieg verdient oder Wer Waffen liefert, sät Krieg und erntet Terror«, stand auf einem ver.di-Transparent zu lesen. Damit wurde auch für eine wenige Tage später im Münchner Gewerkschaftshaus stattfindende Veranstaltung mit dem bekannten Buchautor und Rüstungskritiker Jürgen Grässlin geworben, an deren Vorbereitung sich neben ver.di-Gremien, GEW und DFG-VK auch die VVN-BdA beteiligt hatte.

T.R./E.A.

Weitere Stolpersteine in Freising und Bamberg verlegt

Für Verfolgte und einen Widerständigen

In Freising war die Würdigung in der örtlichen Presse beachtlich. In der lokalen Berichterstattung von Süddeutscher Zeitung und Freisinger Tagblatt (Münchner Merkur) wurde der jüngsten Stolperstein-Verlegung, die Ende November stattgefunden hatte, viel Platz eingeräumt.

Angeregt von der örtlichen VVN-BdA und unterstützt durch einen Stadtratsbeschluss waren es gleich vier dieser kleinen Mahn- und Nachdenkmale, die in der Domstadt neu verlegt werden konnten. Das Freisinger Tagblatt zitierte Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher, der bei der Verlegung der Steine dabei war und betont hatte, wie wichtig es sei, »daran zu erinnern, dass auch in Freising eine Reihe von Menschen von der Verfolgung durch die Nazis betroffen waren«.

Über die Verfolgungsschicksale dieser Menschen, die das NS-Regime nicht überleben konnten oder später bis zu ihrem Tode an dem, was ihnen einst widerfahren war, zu leiden hatten, berichtete bei der Feier der Freisinger VVN-Vorsitzende Dr. Guido Hoyer, der auf die einzelnen Lebens- und Leidenswege einging. Das Geden-

ken galt Hildegard Lewin, Emma Reißmayer und Dr. Martin Holzer, unterschiedlich verfolgt wegen ihrer jüdischen Herkunft, Holzer aber auch wegen »SPD-Sympathien«. Und es galt auch Georg Ziegltrum, der, von den Nazis als »Volksschädling« und »Gewohnheitsverbrecher« gebrandmarkt, schließlich im KZ Neuengamme umkam.

In Bamberg wurde im November von Günter Demnig, dem Schöpfer der Stolpersteine, ein kleines Mahnmal für Josef Prenner verlegt. Der gebürtige Bamberger Prenner, aktiv im linken Widerstand im Rheinland, der 1941 nach ersten Jahren der Verfolgung, Inhaftierungen und Torturen wieder in seine Bamberger Heimat zurückgekehrt war und dort geheiratet hatte, konnte die NS-Herrschaft, trotz weiterer Verfolgungen, überleben. 1992 ist er verstorben.

Günter Pierdzig, Vorsitzender der VVN-BdA Bamberg: »Josef Prenner wurde schon bald nach Wiederezulassung der SPD und ebenso früh Mitglied der VVN in Bamberg. Aktiv engagierte er sich gegen die Notstandsgesetze (1968) und Berufsverbote (1974). Als er den Appell des »Komitees für Frieden und Abrüstung, 1974 unterzeichnete, drohte ihm die Bamberger

SPD mit dem Parteiausschluss, falls er seine Unterschrift nicht zurückziehe. Prenner stand zu seiner Entscheidung – die SPD gab nach. Mit der Verlegung des Stolpersteins vor seinem langjährigen Bamberger Wohnsitz erfuhr Josef Prenner für seinen gelebten Antifaschismus endlich die öffentliche Anerkennung und Ehrung.«

G. M.

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Januar: Herta Brich, Weiden, 93 Jahre; Hilde Prockl, München, 92 Jahre; Erich Ude, Nürnberg, 86 Jahre; Ingeborg Weber, München, 83 Jahre; Gerda Schwarz, München, 75 Jahre; Ernst Behr, Trugendorf, 70 Jahre; Hermann Schwank, Diedorf, 70 Jahre

Februar: Erika Angele, Neubiberg, 83 Jahre; Jörg Högemann, München, 82 Jahre; Karl-David Heupel, München, 81 Jahre; Klaus Dimler, Steinach, 70 Jahre; Günther Jäckl, Amberg, 70 Jahre; Gerhard Dehling, Sulzbach-Rosenberg, 65 Jahre; Angelika Lüdemann, Nürnberg, 65 Jahre; Ursula Vogt, Regensburg, 65 Jahre; Mastaneh Ratzinger, Kirchdorf, 60 Jahre; Josef Ries, Polling, 60 Jahre; Harald Weinberg, Ansbach, 60 Jahre

Werner Gutsche und Neukölln. Spuren, Erinnerungen, Anregungen

»Da müsst ihr euch mal drum kümmern«

Anfang 1990 lernte ich Werner in der Geschäftsstelle der damals noch (West-)Berliner VVN-VdA in der Boddinstraße kennen. Bei Gesprächen beeindruckte mich sein Wissen über den Berliner und insbesondere über den Neuköllner Widerstand. Nach dem Schicksal von Widerstandskämpferinnen und -kämpfern befragt, folgte mitunter eine Assoziationskette von damit verbundenen Ereignissen, illegalen Mitstreitern, von Verfolgung und Haft, von unterschiedlichen Gruppen, denen sie angehört hatten.

Die bisweilen etwas ausführlich geratene Lektion endete oft mit dem Hinweis: Da müsst ihr euch mal drum kümmern. Mit seiner Neugier, seinem Wissen und dem nicht zu erschütternden Engagement gelang es ihm, Menschen unterschiedlicher Anschauungen für die Auseinandersetzung mit dem Naziregime zu interessieren und zu gewinnen. Unbeirrt deckte er – oft gegen den Unwillen von Lokalpolitikern – die in Neukölln lange Zeit verschwiegenen Zwangsarbeiterlager und die vergessenen SA-Folterstätten auf.

1949 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, fand er bald bei Marie Müller, von ihren Freunden Mariechen genannt, in der Oderstraße 47 eine ständige Bleibe. Das Zimmer mit Blick auf das Tempelhofer Feld blieb bis zu seinem plötzlichen Tod im Jahre 2012 sein Refugium. Werner pflegte Mariechen bis zu ihrem letzten Atemzug. Sie hatte 1933 die illegale Arbeit der KPD in Neukölln unterstützt und Verfolgten geholfen. Werner erlebte an ihrer Seite, wie sich die VVN als solidarischer Verband von Überlebenden der Zuchthäuser und Konzentrationslager, dem Exil, der Witwen und Waisen, über Jahrzehnte

in der Frontstadt des Kalten Krieges gegen Attacken, Schmähungen und Ausgrenzung behaupten musste. Von Mariechen, aus Begegnungen mit ihren Gesinnungsfreundinnen und von Zeitzeugen sollte Werner vieles über Widerstand und Verfolgung in Neukölln erfahren. Er gab sein umfangreiches Wissen an Jugendliche und in Geschichtswerkstätten weiter. Im Neuköllner Kulturverein setzte er sich beharrlich dafür ein, dem lange Zeit ausgegrenzten kommunistischen Arbeiterwiderstand ein seinem Umfang und der großen Anzahl der Opfer angemessenes öffentliches Gedenken zu ermöglichen.

Werners Ausdauer ist es zu verdanken, dass sich im Bezirksamt Neukölln ein Sinneswandel um das lange Zeit blockierte Gedenken an den 1944 in Brandenburg hingerichteten Kommunisten Werner Seelenbinder vollzog. Seit 2004 trägt das Stadion in der Oderstraße wieder den im Juli 1945

verliehenen und 1948 – im einsetzenden Kalten Krieg – aberkannten Namen des mehrfachen Deutschen Meisters im Ringen. Die durch den Bürgermeister Heinz Buschkowsky am 18. Dezember 2004 an Werner Gutsche verliehene Neuköllner Ehrennadel war eine Würdigung seines jahrzehntelangen erinnerungs- und geschichtspolitischen Wirkens.

Am 14. Dezember stellten Frieder Böhne, Bernhard Bremberger

Kulturamtes, Dorothea Kolland, und Bildungsstadtrat Jan-Christopher Rämmer würdigten Werner Gutsche unermüdliches Wirken in Neukölln.

Die Leserinnen und Leser finden in diesem Band 33 überaus lesenswerte Beiträge, begleitet von zahlreichen Fotos zu Widerstand, Zwangsarbeit, den ersten Opfern des Naziterrors bis hin zu den weit über Berlin hinaus bekannt gewordenen »Neuköllner Schulreformern« der 1920er Jahre.

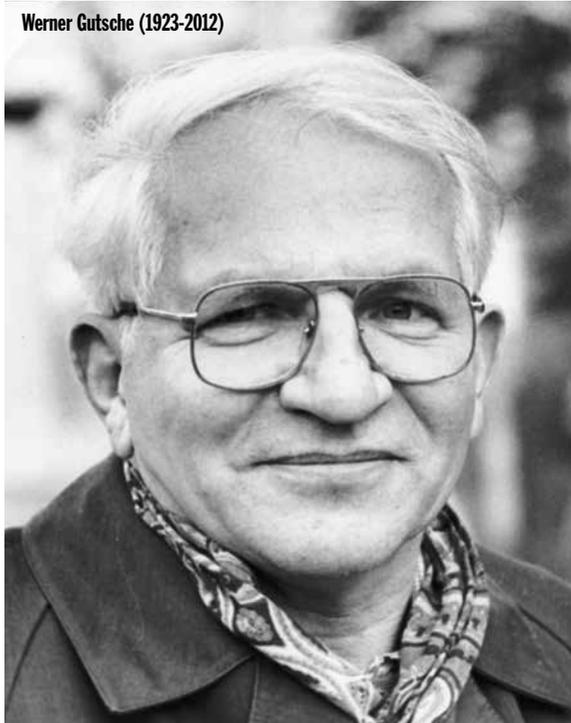
Ebenso das schwierige Gedenken in Neukölln am Beispiel von Werner Seelenbinder und zur lokalen Geschichtsarbeit, oft mit Bezügen zu Werner. Sicherlich hätte ihn der Aufsatz von Christian von Gélieu sehr interessiert, der nach eingehenden Recherchen einen tieferen Einblick in die blutige Auseinandersetzung um die Arbeiterkneipe in der früheren Richardsburg und das Schicksal der in den Richardstraßenprozessen vor und nach 1933 angeklagten Kommunisten gewährte. So konnte Emil Linke 1935 mit seiner Familie in die Sowjetunion fliehen, 1937 gerieten er und einige seiner Neuköllner Mitstreiter in den »Großen Terror«, wurden erschossen oder starben im Gulag. Emil

Linkes Sohn Wolfgang und seine Enkeltochter Marina konnten wir bei der Buchvorstellung begrüßen.

In der behutsamen biografischen Annäherung von Matthias Heisig, den Erinnerungen von langjährigen Weggefährten und Freunden als Alpinist und Sänger im Arbeitervertanenchor, über Mariechen und den lebensgeschichtlichen Interviews mit dem Protagonisten erfahren die Leserinnen und Leser mehr über den Arbeiterjungen, den Soldaten der Wehrmacht, der aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft als Antifaschist heimkehrt und sich seitdem für eine solidarische, sozial gerechte und friedliche Welt einsetzte. Aus all den oft kurzweiligen Beiträgen entsteht ein bemerkenswert facettenreiches Porträt voller Entdeckerfreude, Begeisterung und Eigensinn.

Hans Coppi

Werner Gutsche (1923-2012)



und Matthias Heisig im Rathaus Neukölln das von ihnen im Metropolverlag herausgegebene Buch vor. Die langjährige Leiterin des

...immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 16. Januar 2017, 18.30 Uhr »Mein Briefwechsel mit Nelly Sachs«

Prof. Dr. Heinrich Fink berichtet über das Leben der jüdischen Dichterin und persönliche Begegnungen mit ihr. Die Dichterin

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

Nelly Sachs wurde vor 125 Jahren in Berlin geboren und wuchs in ihrem jüdischen Elternhaus auf. Schon als Schülerin wurden ihre Gedichte beachtet.

Der Deportation ins KZ ist sie nur knapp entkommen. Freunde, unter ihnen Selma Lagerlöf, haben sie nach Schweden gerettet. Lebenslang blieb das Schicksal

des jüdischen Volkes das Thema ihrer Dichtung.

Heinrich Fink hat sie persönlich kennengelernt und stand mit ihr im Briefwechsel. Er wird über ihre Biographie berichten. Dazu liest Gina Pietsch aus ihrem Werk.

Montag, 20. Februar 2017, 18.30 Uhr Werner Gutsche und Neukölln:

»Da müsst ihr euch mal drum kümmern«. Vorstellung des Buches mit Frieder Böhne, Bernhard Bremberger und Matthias Heisig

BVV übt sich in »Normalisierung« – Studierende widersprechen

Marzahn-Hellersdorf – Blumen für die AfD?

Seit kurzem ist Marzahn-Hellersdorf ein rechter Musterbezirk. 2014 und 2015 ernannte die neonazistische NPD Marzahn-Hellersdorf mit ihrer »Nein-zum-Heim-Kampagne«, die rasch von hier wohnenden Neonazis und Rassisten/Rassistinnen aufgenommen wurde, zum »Musterbezirk für Aktion und Agitation«. Folgerichtig stieg im Jahre 2015 die Anzahl der rassistischen Übergriffe um das Dreifache – der Bezirk ist damit Berlins trauriger Spitzenreiter. Die Früchte dieser rassistischen Kampagne erntete indessen eine andere Partei, die sogenannte Alternative für Deutschland (AfD).

Sie zog nach der Wahl im September mit über 23 Prozent der Stimmen in die Bezirksverordnetenversammlung ein und stellt darüber hinaus den Stadtrat für Bürgerdienste und Wohnen, der gleichzeitig auch stellvertretender Bürgermeister ist. Darüber hinaus lösten gleich zwei direkt gewählte Abgeordnete der AfD die Mandate der Partei Die Linke im Abgeordnetenhaus ab. Die AfD wurde nur knapp hinter der Linken zweitstärkste Partei im Bezirk.

Mit dem Erfolg der AfD war im Bezirk schon lange gerechnet worden. Umso mehr muss der Umgang bzw. Nicht-Umgang der demokratischen Parteien mit dieser Tatsache verwundern.

Hatten diese noch im Sommer den »Berliner Konsens« verabschiedet (»Eine Partei, deren Spitzenpersonal beispielsweise auf Flüchtlingskinder schießen lassen würde oder die sich zu rassistisch motivierter Stimmungsmache gegen deutsche Fußballnationalspieler hinreißen lässt, bewegt sich nicht auf dem Boden unserer Werteordnung«), gingen sie nach der Wahl scheinbar sang- und klanglos zur Tagesordnung über. Mit der Bürgermeisterin Dagmar Pohle, Die Linke, wurde auch der AfD-Stadtrat Thomas Braun, Diplom-Pädagoge(!) gewählt, eine inhaltliche Auseinandersetzung wurde auf den ersten beiden Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung nicht geführt, auch außerparlamentarischer Protest blieb zunächst aus.

Das rief den AstA, den Hochschularbeitskreis »Rechte Gewalt« und weitere Studierende und Angehörige der Alice-Salomon-Fachhochschule in Hellersdorf auf den Plan. Unter dem Titel »Blumen für die AfD« verfassten sie einen Offenen Brief, verbunden mit der Aufforderung, vor und in der nächsten BVV-Sitzung gegen diese Zustände zu protestieren.

Darin hieß es: »Die Art und Weise, wie von Seiten der demokratischen Parteien (in Marzahn-Hellersdorf Die Linke, SPD, CDU und Grüne) mit der AfD umgegangen wurde, kommt einer Normalisierung gleich.

Kein_e Redner_in distanzierte sich von den Positionen der AfD – es war einfach kein Thema! Der stellvertretende Bürgermeister bekam sowohl von CDU als auch von SPD nach seiner Wahl Blumen überreicht – sehr bildlich für den Umgang der beiden Parteien mit der AfD. (...) Die politischen Abläufe wie gehabt fortzuführen, darf kein angemessener Umgang mit der AfD sein. Die Tatsache, dass 28.263 Wahlberechtigte im Bezirk für diese Partei gestimmt haben und sie somit zweitstärkste Fraktion geworden ist, ändert daran nichts. Wenn die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (Die Linke) schon nach der zweiten BVV-Sitzung gegenüber dem RBB ankündigt, mit der AfD zusammen arbeiten zu können, dann ist das ein Skandal! In der zweiten BVV Sitzung fiel lediglich ein Mal das Wort »Rassismus«, während auf die prekäre und gefährliche Unterbringungssituation geflüchteter Menschen im Bezirk keineswegs eingegangen wurde.«

Und sie forderten praktische Konsequenzen auch von ihrer Hochschulleitung: »Somit fordern wir eine klare Distanzierung von der AfD wie z. B. durch eine öffentliche Stellungnahme. Es darf nicht nur bei reinen verbalen Bekundungen bleiben, ein Schritt wäre die Überprüfung der Durchsetzung eines Hausverbots für ihre Vertreter_innen. So kann es nicht sein, dass beispielsweise

Erstsemester in Zukunft bei der Immatrikulationsfeier von einem stellvertretenden Bürgermeister der AfD begrüßt werden! Wir rufen alle Hochschulangehörigen, antirassistischen Bündnisse, Einrichtungen und Einzelpersonen im Bezirk auf, ein klares Zeichen gegen die AfD zu setzen und sich zivilgesellschaftlich einzubringen!«

Diesem Aufruf folgten am 15. Dezember etwa 100 Studierende und Hochschulangehörige und zwei Dutzend Menschen und Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen aus dem Bezirk, darunter auch Mitglieder der

Weihnachtsmarkt ziehen würde. Die Antwort, die Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden würden damit befasst, konnte die Zuhörerinnen und Zuhörer indes nicht befriedigen. In einer beeindruckenden persönlichen Erklärung brachte der SPD-Verordnete Dmitri Geidel zur Sprache, dass sich Bernd Pachal, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender, in einem Facebook-Posting anerkennend über die »die kluge Politik des Reichsprotectors Reinhard Heydrich« in der damals von den deutschen Faschisten besetzten Tschechoslowakei ausgesprochen hatte. Heydrich

ist als »Schlächter von Prag« in die Geschichte eingegangen, als Chef des Reichssicherheitshauptamtes und Organisator der Wannsee-Konferenz. Geidel forderte Konsequenzen von der AfD-Fraktion. Aber während der neonazistische Hetzer und seine Kameraden im Saal bleiben konnten, ließ die BVV-Vorsitzende Bernikas (CDU) Studentinnen und Studenten, die ein Transparent gegen die AfD entrollt hatten, von der Polizei räumen.

Zu konstatieren bleibt: Unsere demokratischen Volksvertreter und -vertreterinnen dürfen mit der AfD nicht alleine gelassen werden, sie brauchen Kontrolle und den Druck einer außerparlamentarischen Bewegung. Die Studierenden der Alice-Salomon-Hochschule haben das verstanden. Ein scheinheiliges Gesprächsangebot der AfD hatten sie zuvor abgelehnt. Das sollten sich Politikerinnen und Politiker zum Vorbild nehmen. Man lernt ja nie aus.

Markus Tervooren



Kundgebung vor der BVV-Marzahn-Hellersdorf am 15.12.2016. Foto: ASTA ASH

VVN-BdA. Nach einer lautstarken Kundgebung »Keine Normalisierung rassistischer und sexistischer Positionen!« kam es auch in der BVV-Sitzung zu Protesten. An die Bezirksverordneten der Parteien Die Linke, SPD, Grüne und CDU wurden vertrocknete Blumensträuße und die Erklärung »Berliner Konsens« (s. o.) verteilt. Damit sollten die Parteien daran erinnert werden, dass sie sich mit dieser Erklärung gemeinsam gegen die AfD positioniert hatten.

»Unseren Protest gegen Rassismus, Armutspolitik und Heterosexismus werden wir weiterführen. Wir freuen uns, wenn sich noch weitere Menschen und Initiativen anschließen. Wir brauchen eine klare Linie gegen die AfD«, erklärte die AstA-Sprecherin Ava Jounus.

Auch eine Einwohneranfrage an die BVV lautete, welche Konsequenzen das Bezirksamt aus einem rassistischen facebook-post der Hellersdorfer AfD gegen eine Beteiligung von Geflüchteten am Kaulsdorfer

Redaktion: Dr. Hans Coppi
 Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
 Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,
 Internet: berlin.vvn-bda.de
 E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!
 Spendenkonto: Postbank Berlin
 IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
 BIC: PBNKDEFF

Hamburger VVN-BdA Termine

16. Januar bis 24. März
Woche des Gedenkens im Bezirk Hamburg-Nord (WdG Nord) mit Ausstellungen und Veranstaltungen an verschiedenen Orten

Fr, 27. Januar, 18 Uhr (WdG Nord) »Auschwitz darf niemals in Vergessenheit geraten«

Feierstunde der Bezirksversammlung Hamburg-Nord mit der Zeitzeugin Else Baker und einem Vortrag von Dr. Ivonne Robel
 Ort: Großer Sitzungssaal, Robert-Koch-Straße 17, Hamburg

So, 29. Januar, 17 Uhr
Film und Gespräch »Auf der Suche nach den letzten Juden in meiner Familie«, Deutschland/Österreich, 2013, von Peter Haas und Silvia Holzinger, die im Anschluss unsere Gesprächsgäste im Kino sind.

Dokumentarische Tour de Force durch die eigene Familiengeschichte. Risse und Brüche werden erlebbar, die das gewaltsame 20. Jahrhundert hinterlassen hat. Deutsch-jüdische Identitätssuche jenseits eingeübter Bilder und Riten, zehn Enkel begegnen einander im Hier und Jetzt.
 Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Mo, 30. Januar, 16 Uhr (WdG Nord) Ehrung der Hamburger Widerstandskämpfer

Veranstalter: Gedenkstätte Ernst Thälmann
 Ort: »Ehrenhain« Ohlsdorfer Friedhof Bergstraße/Nähe Haupteingang

Di, 31. Januar, 19.30 Uhr (WdG Nord) Lesung und Gespräch: Widerständiges Frauenleben

– Erinnerungen an 20 Frauen aus der Widerstandsorganisation um Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Robert Abshagen. Juli/August 1943 – zwei Monate »Bombenurlaub« vom Untersuchungsgefängnis. Aenne Bohne, Lisbeth Bruhn und Marie Prieß beschließen nach Ablauf dieser Frist, nicht wieder zurückzukehren und tauchen unter.
 Wer ermöglichte ihnen das Leben in der Illegalität? Wie sah ihr Leben aus?

Veranstalterinnen: VVN-BdA Hamburg Nord in Kooperation mit dem Bürgerhaus in Barmbek. Eintritt frei
 Ort: Bürgerhaus in Barmbek, Lorchstr. 28 A



Sa, 4. und So, 5. Februar Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA (nur für Mitglieder der VVN-BdA Hamburg)
 Ort: Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30a, Hamburg-Billstedt

So, 5. Februar, 12 Uhr (WdG Nord) »Fritz Bauer und die Auschwitz-Prozesse«

Mit Esther Bejarano, Rolf Becker, Nebenklage-Anwälten der Auschwitz-Prozesse 2015 und 2016 und Prozessbeobachtungs-Gruppen
 Veranstalter: Auschwitz-Komitee i. d. BRD e. V. und weiteren.
 Ort: Politbüro, Steindamm 45

Do, 9. Februar, 10-13 Uhr (WdG Nord) »Sonderführungen in der Gedenkstätte Kolafu«

mit den Zeitzeuginnen Ilse Jacob und Ursula Suhling, auch für Schulklassen gut geeignet.
 Anmeldung erbeten unter Tel.: 57145240. Ein Vorbeischauen ohne Anmeldung ist möglich. Eintritt frei.
 Veranstalter: VVN-BdA Hamburg Nord und Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V.
 Ort: Gedenkstätte Kolafu, Suhrenkamp 98

Do, 9. Februar, 18.30 Uhr
Dialoge über Deutschland – ein musikalisch-literarischer Abend

Die »Dialoge über Deutschland« von Richard Matthias Müller: Eine seltsam frische und provokante Lektüre auch nach mehr als einem halben Jahrhundert – zu Gehör gebracht von Georg Chodinski (VVN-BdA) und René Senenko (Willi-Bredel-Gesellschaft). Dazu wartet Uwe Levien mit einigen selten

Fr, 3. Februar 2017,

Beginn 18.30 Uhr

70 Jahre VVN in Hamburg – ein Grund zu feiern!

Das antifaschistische Kulturfest mit:

Bejarano & Microphone Mafia

Dr. Detlef Garbe

Rolf Becker

Erich Schaffner

OSA – Das Steilshooper Rap-Projekt
 OneStepAhead

Ort: Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30a - Hamburg-Billstedt

gespielten Liedern zur Gitarre auf.
 Veranstalter: ella Kulturhaus Langenhorn in Kooperation mit der Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V. Eintritt 3 Euro.
 Ort: ella-Kulturhaus, Wohnzimmer am Käkenflur 16f

Do, 9. Februar, 19.30 Uhr
»Krieg oder Frieden«

Es spricht Prof. Dr. Norman Paech zum Beispiel Syrien.
 Veranstalter: Barmbeker Initiative gegen rechts und Kulturpunkt Barmbek Basch.

Unterstützer: ver.di Arbeitskreis Frieden
 Ort: Kulturpunkt Barmbek Basch, Wohldorfer Str. 30

Mi, 15. Februar, 18 Uhr
»Racke Malprahl – Sprich drüber« und Ausstellung »Ohh Porajmos«.

Aus Erinnerungen der Enkel an die Erzählungen der Großeltern sind Lesestücke entstanden, die das Grundgerüst von Racke Malprahl bilden. In diese Texte gehen auch die eigenen Erfahrungen an die fortwährende Diskriminierung ein, ergänzt um Berichte der anwesenden Kinder und Enkel von Überlebenden des Porajmos, wie Sinti und Roma den Völkermord nennen.
 Mit Robert Mechau, Arnold Weiß, Inge Weiß, Moritz Terfloth und Ralf

Lorenzen. Eintritt frei. Veranstalter: Kulturpunkt Barmbek Basch
 Ort: Kulturpunkt Barmbek Basch, Saal 1, Wohldorfer Str. 30

Sa, 18. Februar, 11 Uhr
Gedenken zum 74. Jahrestag für die hingerichteten Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe »Weiße Rose«.

Ort: »Weiße Rose«, am Gedenkstein »Weiße Rose« in Volksdorf, Nähe U-Bahnstation Volksdorf

Sa, 18. Februar, 14 Uhr (WdG Nord) »Damals bei uns in Groß Borstel«.

Stadtteilrundgang mit Udo Spengler, Erinnerungen und Berichte über Nazizeit, Krieg und Neubeginn 1933 bis 1945.
 Veranstalterin: VVN-BdA Hamburg-Nord
 Treffpunkt: Ecke Borsteler Chaussee/Brödermannsweg (vor Sparkasse)

So, 28. Februar, 17 Uhr
Film »Sir Nicky – Held wider Willen«, von Matej Minác und Patrik Pass, CZ 2011.

Prag 1939. Kurz vor dem Einmarsch der Deutschen in die Tschechoslowakei. Der 30-jährige Nicholas Winton wird Zeuge der ersten Fluchtversuche jüdischer Familien. Ohne jegliche offizielle Unterstützung organisiert er Kinder-Transporte von Prag aus durch Hitler-Deutschland bis nach Großbritannien und rettet so 669 Kinder jüdischer Familien vor der Deportation in den sicheren Tod.
 Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Mi, 8. März, 19 Uhr
Widerständiges Frauenleben

– Frauen streiten nach der Befreiung für eine Gesellschaft ohne Hunger, Krieg und Unterdrückung.
 Veranstaltung zum Internationalen Frauentag über kämpferisches Frauenleben nach 1945.
 Ort: Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30 a, Hamburg-Billstedt

V.i.s.d.P. dieser Seite: Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHXXX

Franz Heitgres, Hamburg, am 26. Oktober 1946 auf dem Gründungskongress der VVN NRW:

Unsere überparteiliche politische Mission!

Achtzehn Monate sind es her, seitdem sich die Tore der deutschen Konzentrationslager öffneten. Nicht durch die Kraft der deutschen antifaschistischen Bewegung wurden wir befreit, [...] sondern der Vormarsch der alliierten Mächte, die für die Verteidigung der Demokratie einen heroischen Feldzug gegen Hitlerdeutschland führten, brachte uns die Freiheit.

Was wird uns erwarten? Diese Frage legten wir uns, als wir aus dem Jenseits zurückkehrten, vor. Wir wußten, daß vor uns Trümmer, Not und Elend stehen würden, aber wir zögerten nicht einen Augenblick, sofort unsere Kraft zur Verfügung zu stellen, um dem geschlagenen Deutschland einen anderen Inhalt, ein anderes, besseres Gesicht zu geben. [...] Wir brachten eine hohe Verpflichtung mit, eine Verpflichtung, die uns die toten Kameraden in den Konzentrationslagern auferlegt hatten. [...]

Wir alle setzten unsere gesamten Kräfte ein, damit nicht noch einmal dieses schreckliche Inferno über Deutschland Wirklichkeit werden konnte. [...]

So muß die Einheit des schaffenden Volkes, aber auch die Einheit Deutschlands hergestellt werden, damit unser Land nicht wieder zum Spielball international sich widersprechender Interessen wird. Haben wir ehemaligen politischen Gefangenen nicht gerade auf diesem Gebiet unsere Verbindungen, die wir in den internationalen Komitees, in den Lagern ausbauten, heute mehr denn je zu verstärken, um die Brücke zu einer Völkerverständigung zu schlagen? Uns trennen keine Parteigrenzen, keine Konfessionen, keine Rassen und in der Erziehung des menschlichen Geistes trennen uns auch keine Landesgrenzen.

Darum ergeht an die ehemaligen politischen Gefangenen aller Länder die mahnende Verpflichtung, heute, wo die Presse und der Rundfunk immer wieder vom Krieg und Kriegsgefahren sprechen, die Sprache des Friedens in den Vordergrund zu drängen und somit den roten Winkel zum Banner des Friedens zu machen. [...]

Ob es eine Organisation der vom Naziregime Verfolgten geben darf, darüber kann einzig und allein der politisch Verfolgte selbst entscheiden. Die ehemaligen politischen Gefangenen waren nach den Worten

des Generals Eisenhower während des Krieges die Alliierten der demokratischen Mächte innerhalb Deutschlands Grenzen und somit werden wir als die gestrigen Alliierten auch die heutigen Vorkämpfer der Demokratie sein.

[Der Paß des politischen Gefangenen ist] der Ehrenbrief der Antifaschisten [...], die es verstanden haben, den illegalen Widerstand gegen das Naziregime aufzunehmen. Es ist der Paß, der von einem deutschen Konzentrationär mit dem gleichen Stolz getragen wird, wie ihn der belgische und holländische Regierungsbeamte oder der tschechische oder französische Minister trägt, der derzeit mit uns in deutschen Konzentrationslagern gemeinsam litt und kämpfte. [...]

Jedes einzelne Mitglied der jetzt hier zu schaffenden Organisation, die in Zukunft auch keine Zonengrenzen kennen wird und die sich

international mit den verschiedenen Organisationen der anderen Länder verbunden fühlt, muß sich bewußt sein, daß es in allen seinen Handlungen das Ansehen des roten Winkels zu wahren hat. [...]

Wir ehemaligen politischen Gefangenen sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen [...] Wenn wir verantwortlich arbeiten, stehen wir zusammen, ganz gleich, ob als Arbeiter, Handwerker oder Bauer, ob als Künstler, Wissenschaftler oder Regierungsbeamter, und wir fragen auch jetzt nicht unseren Nebenmann, genau wie im KZ, in welcher Partei bist Du, sondern, was tust Du?! [...] Durch unser Beispiel wird sich das Gute Bahn brechen und endlich ein demokratischer Geist in Deutschland durchsetzen.

Wir ehemaligen politischen Gefangenen haben diese Verpflichtung aus dem Lager mitgebracht und unser einheitlicher Wille, getragen von der Organisation »Vereinigung der Verfolgten des Naziregime«, wird wegweisend für alle Aufbauwilligen sein.

Damit wollen wir alle positiven Kräfte zur Mitarbeit heranziehen. Wir sehen nicht die Aufgabe in

der Entnazifizierung der kleinen und unbedeutenden Mitläufer, sondern in der Reinigung der wichtigsten Positionen in Wirtschaft und Verwaltung. Entscheidend ist die Entnazifizierung des Geistes, und darum wird der kleine Mitläufer, der gedankenlos aus Dummheit oder Feigheit dem Vergangenen anhängt, am besten denazifiziert durch Erziehung, Selbsterkenntnis, und Arbeitsmöglichkeit.

Die ehemaligen politischen Gefangenen wollen [...] die öffentlichen Ankläger für die neue deutsche Demokratie sein. Unsere Wachsamkeit wird den Samen der Demokratie schützen, damit er nicht wieder durch ökonomische Mißverhältnisse erstickt und durch einen militärischen Stiefel zertreten wird.

Dieses Gelöbnis geben wir unseren toten Kumpels, denn wir wissen, daß wir im Kampf für alle Opfer des Nazismus den Hinterbliebenen keinen größeren Trost spenden können, als wenn wir im Geist ihrer Lieben die Taten und das Werk unserer toten Kameraden vollenden.

**Quelle: Blätter der Arbeit, Heft 1 –
Rekonstruktion: VVN-BdA NRW**

Wer war Franz Heitgres?

Franz Heitgres wurde am 23. Oktober 1906 in Hamburg geboren. Als Aktivist der Arbeiterjugend und im Arbeitersport wurde er gleich 1933 in »Schutzhaft« genommen. Danach antifaschistische Arbeit im SC Paloma, Kontakt zur KPD-Emigrationsleitung in Kopenhagen, Festnahme als Mitglied der Kristeller-Gruppe 1943, ein Jahr Einzelhaft im Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel, anschließend KZ Neuengamme.

Nach der Befreiung war Franz Heitgres maßgeblich am Aufbau des »Komitees ehemaliger politischer Gefangener« beteiligt und bis 1947 dessen Leiter. 1945 wurde er als Vertreter der

KPD von der britischen Militärregierung zum Senator für Wiedergutmachung und Flüchtlingshilfe



Franz Heitgres, Redner bei der Einweihung des Ehrenhains Hamburger Widerstandskämpfer, Friedhof Ohlsdorf. Foto: Willi-Bredel-Gesellschaft

ernannt, dieses Amt bekleidete er bis 1946. 1947-1949 war Franz Heitgres Vorsitzender der VVN

in der britischen Zone, ab 1949 einer von vier gleichberechtigten Vorsitzenden der VVN Hamburg. Sein Ausschluss aus der KPD 1954 führte schließlich auch zum Bruch mit der VVN.

Als Franz Heitgres am 12. November 1961 starb, schrieben seine Freunde: »Sein Lebensziel, die Vereinigung aller Widerstandskämpfer zu einer überparteilichen Gemeinschaft wahrhafter Friedensfreunde, ist ihm durch Parteihader zerschlagen worden. Seine Ideale aber sind in vielen Herzen erhalten und lebendig geblieben. Seinen selbstlosen Einsatz im Lager Neuengamme danken ihm Konzentrationäre vieler Nationen.« **KE**

**Quelle: Schneider, Ulrich,
Zukunftsentwurf Antifaschismus,
1997, Seite 224**

70-Jahr-Feier der Frankfurter Kreisvereinigung

Lob und Anerkennung für die VVN

Ihren 70. Jahrestag der Gründung feierte die Frankfurter VVN-BdA Ende November mit einer gut besuchten Matinée-Veranstaltung im Arnsberg-Saal des Budge-Heims im Frankfurter Stadtteil Seckbach.

Foto: Norbert Birkwald



Festveranstaltung »70 Jahre VVN in Frankfurt am Main« am 27. November. Blick in den Saal.

Dabei wurden in Grußreden und Grußschreiben viel Lob und Anerkennung über die Tätigkeit der VVN-BdA geäußert. Zugleich wurde unterstrichen, wie wichtig die Arbeit der VVN-BdA gegenwärtig und auch in der Zukunft sei. Grußschreiben erhielt die Kreisvereinigung von der Dezernentin für Integration und Bildung, Sylvia Weber, der Dezernentin für Kultur und Wissenschaft, Dr. Ina Hartwig, und von Oberbürgermeis-

ter Peter Feldmann. Er schreibt: Heute habe sich die VVN-BdA »zur Aufgabe gestellt, rechtsradikalen Entwicklungen entgegenzutreten und für eine Welt ohne Rassismus, Antisemitismus, Nazismus und Militarismus einzutreten. Eine Aufgabe, die von erschreckender Aktualität ist. Dazu wünsche ich der VVN-BdA auch in Zukunft die Bereitschaft zum entschiedenen Engagement und zur nicht nachlassenden Wachsamkeit.«

Als Gäste durften wir begrüßen: als Sprecher des DGB Alexander Wagner, den Vorsitzenden der Frankfurter SPD, Mike Josef, den Vorsitzenden der Partei Die Linke, Axel Gerntke, für die IG Metall Thomas Kasper. Rabbi Andrew Steinman begrüßte uns auch in seiner Eigenschaft als »Mit-Hausherr« des Veranstaltungsortes. Der Vertreter der Jüdischen Gemeinde, Roman Kuperschmidt, grüßte musikalisch auf der Klarinette mit »Happy Birthday«.

Anne Kahn, eine der Sprecherinnen der Frankfurter VVN-BdA, führte durch das Programm. Rolf Heinemann eröffnete die Veranstaltung und erinnerte an die damalige Gründung in der Westend-Synagoge, in der sich einer der wenigen, einigermaßen wieder hergerichteten Versammlungsräume befanden.

Doris Fisch (70 Jahre) und Lena Carlebach (25 Jahre) führten ein Gespräch über Ereignisse und Entwicklungen während der siebzehnjährigen Geschichte der VVN.

Die musikalische Eröffnung lieferten die Jazz-Sisters, vier Frauen, die Jazz aus den vierziger Jahren großartig interpretierten. Uschi Dossier trug das berühmte Zitat Martin Niemöllers

Redaktion: P. C. Walther,
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt
a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

**Wir bitten um Spenden
für den Landesverband!**

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

vor: »Als die Nazis die Kommunisten holten...«. Der Schauspieler Erich Schaffner, begleitet von Georg Klemp am Klavier, zitierte aus Werken von Bertolt Brecht und Zeitgenossen.

Die Besucherinnen und Besucher fühlten sich sichtbar wohl, die Atmosphäre war heiter und entspannt. Ebenso nahmen sie die aufmunternden und gleichzeitig auffordernden Worte der Rednerinnen und Redner ernst, auch zukünftig aktiv und wachsam zu sein. Die Altersstruktur glich zwar mehrheitlich dem Alter der VVN, jedoch befanden sich durchaus auch jüngere Mitglieder der VVN-BdA unter den Anwesenden. Es war nicht nur eine »runde« Veranstaltung wegen der vielen anerkennenden Worte, sondern auch, weil wir drei neue Mitglieder für die VVN-BdA gewonnen haben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlossen die Veranstaltung mit dem Lied der Moorsoldaten und hatten noch Gelegenheit zu Gesprächen am Büfett. **Norbert Birkwald**

TERMINE

12. Januar, Wiesbaden

Am Verwaltungsgericht Wiesbaden (Mainzer Str. 124) wird am 12. Januar die Klage Silvia Gingolds gegen den hessischen Verfassungsschutz auf Einsicht, Herausgabe und Vernichtung der über sie gespeicherten Daten verhandelt. Beginn 10.30 Uhr in Raum 1.026. (Siehe auch »**antifa**« November/Dezember 2016, Hessen-Seite 11: »Verfassungsschutz vor Gericht«).

13. Januar, Frankfurt a. M.

Die Frankfurter VVN-BdA lädt zur Jahreshauptversammlung ins AWO-Zentrum Nordend, Eckenheimer Landstr. 193, ein. Beginn 18.00 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben den Jahresberichten und der Wahl der Delegierten zum

Bundeskongress ein aktuelles geschichtliches Thema: Werner Klemming referiert zu den Interbrigaden im Spanischen Bürgerkrieg am Beispiel der Spanienkämpfer Günter Berghan und Willi Höhn.

14. Januar, Frankfurt a. M.

Die Frankfurter VVN-BdA bietet im Rahmen der Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus« eine weitere »Stammtischkämpfer-Ausbildung« an. Sie findet um 15 Uhr statt im Club Voltaire (Kl. Hochstr. 5). Anmeldung erforderlich bei dieter.bahndorf@t-online.de.

16. Januar bis 24. Februar, Darmstadt

Im DGB-Haus Darmstadt, Rheinstr. 50, wird vom 16. Januar bis 24. Februar die vom »Bündnis Berufsverbote Hessen« erstellte Ausstellung über die Berufsverbote »Politische Verfolgung in

der BRD« gezeigt. Zum »Bündnis Berufsverbote Hessen« gehören die Gewerkschaften GEW, IG Metall und ver.di, die VVN-BdA Hessen sowie andere Gruppierungen und Berufsverbots-Betroffene.

22. Januar, Frankfurt a. M.

Erzählcafé der VVN-BdA im Club Voltaire (siehe gesonderten Hinweis).

24. Januar, Wiesbaden

Zum 45. Jahrestag des sogenannten Radikalenerlasses findet von 12.00 Uhr bis 15.00 Uhr in Wiesbaden eine Mahnwache und Demonstration des »Bündnisses Berufsverbote Hessen« am Dern'schen Gelände (Marktplatz) statt.

15. Februar bis 11. März, Frankfurt a. M.

In der Zentralbibliothek der Stadtbücherei (Hasengasse 4) wird am

15. Februar um 19.30 Uhr die FIR-Ausstellung »Europäischer Widerstand gegen den Nazismus 1922-1945« von FIR-Generalsekretär Dr. Ulrich Schneider eröffnet. Zu sehen ist die Ausstellung vom 16. Februar bis 11. März montags bis freitags von 11.00 Uhr bis 19.00 Uhr, samstags bis 16.00 Uhr.

18. Februar, Gießen

Landesmitgliederversammlung der hessischen VVN-BdA: »70 Jahre VVN – Mit Erfahrung in die Zukunft« (siehe gesonderten Hinweis).

1. bis 23. März, Kassel

In den Räumen des DGB Kassel (Spohrstr. 6-8) ist vom 1. März bis 23. März 2017 die Ausstellung »Berufsverbote – Politische Verfolgung in der BRD« zu sehen.

Gingold-Initiative findet weitere Unterstützung

Eine Gingold-Schule im Visier

»Ein Platz für die Gingolds«, Artikel in der »Frankfurter Neuen Presse« am 23. November 2016.

Die Bemühungen der Gingold-Initiative, mit der Benennung einer Straße, eines Platzes, einer Schule oder einer anderen öffentlichen Einrichtung nach Ettie und Peter Gingold eine dauerhafte öffentliche Anerkennung und Würdigung der Verdienste der beiden Antifaschisten zu erreichen, hatten weitere Unterstützung bekommen.

Nachdem bereits im April 2016 über vierzig Frankfurter Persönlichkeiten in einem Offenen Brief an die zuständigen Gremien der Stadt Frankfurt am Main die Forderung nach einer solchen Benennung erhoben hatten (siehe »antifa« Juli/August 2016: »Plädoyers für eine Gingold-Straße«), kam in der jüngsten Vergangenheit weiterer Beistand hinzu.

Mit Unterstützung von DGB, GEW, IG Metall und ver.di, von Jugendverbänden und Naturfreunden sowie von Kommunalpolitikern aus SPD, Grünen und Linkspartei fand im November im Frankfurter Historischen Museum eine gut besuchte Veranstaltung statt, zu der die Gingold-Initiative eingeladen hatte. Nach der Vorführung des Dokumentarfilms »Zeit für Zeugen«, der die Veranstaltungsteilnehmer tief beeindruckte, plädierten mehrere Anwesende nachdrücklich für die Benennung einer Schule nach den Gingolds. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass dieses Anliegen umfangreiche

Vorarbeiten und Bemühungen bei den betroffenen Schul-, Eltern- und Schüler-/Schülerinnen-Gremien erfordern wird. Daran soll es aber nicht scheitern.

In der »Frankfurter Lehrer-Zeitung« der GEW war bereits über die Initiative für eine »Ettie und Peter Gingold-Schule« berichtet worden. Inzwischen hat sich der Bezirksvorstand der Bildungsgewerkschaft GEW der Forderung angeschlossen.

Auch die Initiative im Frankfurter Stadtteil Niederrad, wo Ettie und Peter Gingold nach ihrer Rückkehr aus der Emigration lebten und wirkten, einen Platz nach ihnen zu benennen, hat neuen Auftrieb gefunden. Mitglieder des zuständigen Stadtteilparlaments wollen sich des Vorhabens annehmen. Die »Frankfurter Neue Presse« berichtete darüber in einem großen fünfspaltigen Artikel.

Bei all dieser Unterstützung ist die Gingold-Initiative zuversichtlich und entschlossen, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen. **P.C. Walther**



Im Januar im Antifa-Erzählcafé

»Reise ins Ungewisse«

»Reise ins Ungewisse – Wie ich den Hitlerfaschismus erlebte und überlebte«, lautet der Titel der neuen Veranstaltung aus der Reihe des Antifa-Erzählcafés der Frankfurter VVN-BdA. Werner Ebel liest aus den Aufzeichnungen seines Vaters Otto Ebel über dessen Zwangsarbeit, die zu seinem Aufenthalt im KZ Sachsenhausen gehört, bevor ihm die Flucht aus der Baukolonne gelang. Sonja Eisa-Ebel bereichert, begleitet von Anne Schneider am Klavier, die Lesung mit Lieblingsmelodien ihres Vaters. Das Ganze findet am Sonntag, dem 22. Januar 2017, um 11.00 Uhr im Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, statt.

Einladung zur Landesmitgliederversammlung der hessischen VVN-BdA 70 Jahre VVN – Mit Erfahrung in die Zukunft

Am Samstag, dem 18. Februar 2017, findet in Gießen in der Kongresshalle (Berliner Platz) die Landesmitgliederversammlung der hessischen VVN-BdA statt. Beginn 10.00 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht nach Eröffnung, Totenehrung und Konstituierung das Referat von Bundessprecher Dr. Ulrich Schneider »70 Jahre VVN Hessen – Rückblick und aktuelle Herausforderungen« mit Diskussion.

Danach folgen die Berichte des Landesausschusses, der Kasse und der Revision, ebenfalls mit Aussprache. Weitere Tagesordnungspunkte sind die Wahlen zu den Landesgremien und zur Vertretung im Bundesausschuss.

Bei der anschließenden Antragsberatung steht an erster Stelle der

Satzungsänderungsantrag S 1, gestellt vom Landesausschuss, dessen Wortlaut wir ebenfalls an dieser Stelle veröffentlichen, sowie die Behandlung aller übrigen Anträge. Antragsschluss ist der 27. Januar 2017.

Außer dem Referat und den notwendigen Regularien wird es auf der Landeskonferenz auch Gespräche, eine Art Geschichtswerkstatt zu den Anfängen der VVN, ein Seminar zur Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus« sowie musikalische Beiträge geben.

Teilnahmeberechtigt an der Landesmitgliederversammlung sind alle Mitglieder der VVN-BdA Hessen, die ihrer Beitragspflicht satzungsgemäß nachgekommen sind.

Satzungsänderungs-Antrag S 1

Die Landesversammlung der VVN/BdA Hessen möge beschließen: § 11, Ziffer (5) der Satzung erhält folgenden Wortlaut:

»(5) Vorstand im Sinne des § 26 BGB (ist) **sind** der SprecherInnenrat **und die KassiererIn bzw. der Kassierer**. Vertretungsberechtigt sind jeweils zwei Mitglieder des (SprecherInnenrates) **Vorstands** gemeinsam.«

Begründung:

Nach der bisherigen Satzung gehört die/der KassiererIn zwar dem Landesausschuss, aber nicht dem Vorstand an. Das ist politisch und organisatorisch problematisch: Erstens ist es vom Aufgabenbereich des/der KassiererIn unabdingbar, dass er/sie in politische Entscheidungen eingebunden ist, schließlich geht es in der Regel auch um die Finanzierbarkeit politischer Beschlüsse oder Projekte. Zweitens führt die jetzige Regelung für den SprecherInnenrat zu zusätzlichem Abstimmungsbedarf. Drittens ist es unabdingbar, dass der/die Verantwortliche für die Finanzen auch Rede- und Stimmrecht im Vorstand hat.

Antragsteller: Landesausschuss. *Kursiv* in Klammern = bisheriger Satzungstext. **fett** = neuer Satzungstext.

Erinnerung an die Internationalen Brigaden in Spanien

Rotspanien und Rotkehlchen

Wer war Urbano Quintana-Caba? Mit einer politisch-kulturellen Veranstaltung erinnerte die Kreisvereinigung Celle im November 2016 an den 80. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden in Spanien.

Der Referent Paul Stern, nebenbei DGB-Kreisvorsitzender in Celle, wandte sich gegen den Begriff eines »Bürgerkrieges«. Er stellte klar, dass es 1936 zu einem Militärputsch gegen eine gewählte Regierung gekommen war. Als Spezifikum dieser Mitte-Links-Regierung erwähnte er, dass sich sogar die strikt antiparlamentarischen Anarchisten und Anarchosyndikalisten hinter die Exekutive stellten. Ebenso die Kommunisten der PCE sowie die linkskommunistische POUM. Als Reaktion auf den Putsch und die anfänglichen großen Geländegewinne der vom Klerus und Adel unterstützten Militärs wurden auf Initiative der Kommunistischen Internationale die Internationalen Brigaden aufgebaut. Ermöglicht durch eine einzigartige logistische Leistung, wurden schon Anfang November 1936 die ersten Brigaden bei den erfolgreichen Abwehrkämpfen in Madrid eingesetzt.

In der Folge wurden Brigadisten an allen Brennpunkten der Kämpfe aktiv. Die Internationalität drückte sich aus durch die Anwesenheit von Kämpferinnen und Kämpfern aus über 60 Ländern aller Kontinente, darunter auch aus China und einer rein jüdischen Einheit aus dem britischen Mandatsgebiet Palästina. Politisch reichte das Spektrum von bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten bis hin zu Linkskommunisten und Anarchisten.

Große Kontingente kamen aus Deutschland, Italien, Frankreich und Polen. Bei den deutschen und italienischen Brigadisten war das Motto: »Wir schlagen den deutschen und italienischen Faschismus in Spanien.« Auf Grund internationaler Bemühungen der spanischen Regierung wurden die Internationalen Brigaden im Oktober 1938 offiziell aufgelöst und verabschiedet. Tausende Brigadisten blieben dennoch

in Spanien und kämpften bis zum Ende der Spanischen Republik im Februar 1939.

Während das Erbe der Internationalen Brigaden in der DDR gepflegt wurde, bezeichneten die Nachkriegsregierungen in der BRD die Spanienkämpfer als »Rotspanier« und verweigerten ihnen jegliche Anerkennung.

Die Veranstaltung wurde durch das gemeinsame Singen von drei Liedern des antifaschistischen spanischen Widerstandes abgerundet. Wir wurden dabei kräftig von Mitgliedern des »Rotkehlchen«-Chores unterstützt.

Urbano Quintana-Caba wurde 1896 in Oviedo geboren. Als Kämpfer der Spanischen Republik fiel er den deutschen Faschisten in die Hände. Nach Stationen im KZ Mauthausen sowie im KZ Dachau wurde er am 10. August 1944 im KZ Bergen-Belsen nahe Celle ermordet. Niemand wird vergessen. No pasarán!

VVN-BdA Kreisvereinigung Celle

Lüneburger Museum zeigt VVN-Ausstellungen Erfolg einer Diskussion

Zu einer Veranstaltung unter dem Thema »Museum und Nationalsozialismus« kamen über 100 Interessierte in das Lüneburger Museum, um über die Rolle von Wilhelm Reinecke und Gerhard Körner zu diskutieren, die sich in der NS-Zeit mit ihrer Leitungstätigkeit in den Dienst der Nationalsozialisten gestellt hatten.

Schon seit Jahren weist die örtliche VVN-BdA unter anderem mit Leserbriefen in der örtlichen Presse auf diesen Zustand hin.

Ein Mitarbeiter des Museums, Dr. Ulfert Tschirner, befasste sich in einem Sammelband mit diesen beiden Persönlichkeiten. Die Museumsleitung mit Prof. Dr. Heike Düsel war bereit, eine öffentliche Versammlung in ihrem Haus durchzuführen und auch das Thema auf die

treibenden Kräfte, die die Errichtung der faschistischen Macht 1933 ermöglichten? Dazu gehörte u. a. die Kaufmannschaft. Welche Gruppen trugen zur Festigung und Ausübung der faschistischen Herrschaft bei, welche Rolle spielten Polizei, Gestapo, Justiz, Wirtschaft und Presse? Und welches waren die Organisationen, die sich dieser Entwicklung entgegen-gestellt haben?



Über 100 Interessierte kamen am 17. November 2016 zur Veranstaltung »Museum und Nationalsozialismus« ins Lüneburger Museum, bei der Peter Asmussen als Vertreter der VVN-BdA im Podium saß.

in ihrem Haus durchzuführen und auch das Thema auf die im Museum auszuweiten. Diese ist gekennzeichnet durch eine schlaglichtartige Darstellung, ein systematischer Bezug fehlt. Nur sieben Prozent der Ausstellungsfläche ist dem Thema »NS-Zeit« gewidmet, wobei die Verfolgung der Lüneburger Juden sehr informativ dargestellt wird. Aber insgesamt fehlen der innere Bezug, die Struktur, der Zusammenhang und eine Schwerpunktsetzung.

Auch nach der sehr engagierten Diskussion bleiben viele Fragen offen: Welches waren am Ort die

Aber auch die weiteren Opfer des Unrechtsstaates müssen stärker in den Fokus gerückt werden. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene, Häftlinge des Landgerichtsgefängnisses, Sinti, zwangssterilisierte Lüneburgerinnen und Lüneburger. Wie erfolgten die Befreiung, die »Entnazifizierung« und die »Renazifizierung«, die Fortführung des Faschismus in der Demokratie?

Ein erster Erfolg der Diskussionsveranstaltung: In einem Extra-Raum können Ausstellungen der VVN-BdA über die NS-Zeit gezeigt werden.

Peter Baumeister

Nach Hetze von Wolfsburger AfD-Stadtratsmitglied:

Gegen »Business as usual«

Im November hat die konstituierende Sitzung des neuen Wolfsburger Stadtrates stattgefunden. Leider sind fünf AfD-Mitglieder eingezogen.

Dagegen hat die VVN eine Kundgebung vor dem Rathaus angemeldet (siehe Foto). Wir wollten nicht unwidersprochen zulassen, dass sich die AfD ein demokratisches Mäntelchen umhängt und gleichzeitig massiv gegen Geflüchtete und Andersdenkende hetzt. So hat eine der neuen AfD-Ratsmitglieder, Stephanie Scharfenberg, über ihre Facebook-Seite ein Video des NPD-Nachwuchses verbreitet und beworben. Die Demonstrantinnen und Demonstranten machten deutlich: Gegen die AfD-Hetze



Demonstration vor dem Wolfsburger Rathaus

setzen wir unsere Orientierung für ein solidarisches Miteinander. Und wir forderten die Ratsmitglieder der anderen Parteien auf, die AfD nicht durch »Business as usual« aufzuwerten.

Wie notwendig das ist, zeigte sich bei der anschließenden Besetzung der Ausschüsse des Wolfsburger Rats. Dabei erhielt ein AfD-Mann den Vorsitz im Migrations- und Integrationsssausschuss. Die VVN-BdA Wolfsburg wird dessen Wirken kritisch beobachten und bei Bedarf scharf kritisieren. **Alfred Hartung**

Gedenkjahr 2016: Der Beginn des Holocaust

Deportationsort Hannover

Vor 75 Jahren, am 15. Dezember 1941, wurden 1001 Juden aus Hannover und Umgebung von einem Bahnhof in Hannover-Linden nach Riga deportiert. Aus diesem Anlass findet Ende 2016/Anfang 2017 eine umfangreiche Reihe von Veranstaltungen statt. Sie sind dem Gedenken an die Opfer gewidmet, rücken aber auch die Organisation und die Täter ins Blickfeld.



Kaddisch am Mahmal für die deportierten und ermordeten Juden Hannovers.



Cornelia Kerth berichtet
Foto: B. Kieser

ver«) und im US-Nationalarchiv. Der Historiker Dr. Hans-Dieter Schmied berichtete am 12. Dezember über den Stand der Auswertung dieser und anderer Quellen und zeigte weitere Forschungsansätze auf: Die Rolle des gesamten Polizeiapparates einschließlich der Schutzpolizei und anderer Behörden bei der Entrechtung, Enteignung und Deportation der jüdischen Bürger.

Brennpunkt Riga

Unter dem Titel »75 Jahre danach – Mörder als Freiheitshelden« führte die Kreisvereinigung der VVN-BdA gemeinsam mit dem Bildungswerk ver.di eine Veranstaltung zu dem skandalösen »Tag der Legionäre« in Riga und den Schikanen gegen den antifaschistischen Protest in Lettland und seine Unterstützung durch Mitglieder der FIR durch. Als Referentin konnte Conny Kerth gewonnen werden. Sie berichtete ausführlich über die grausame Vorgeschichte des Kommandos Viktor Arajs, das den Kern der späteren

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.
Redaktion: Michael Rose-Gille
Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

SS-Division gebildet hatte. Die rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer berieten am Ende einer regen Aussprache über konkrete Aktionen zur Unterstützung der Proteste am 16. März 2017 vor dem zuständigen Honorarkonsulat in Bremen und an Ort und Stelle in Riga.

Zur selben Zeit wie unsere Veranstaltung zeigte die Landeshauptstadt – Städtische Erinnerungskultur – die Verfilmung des Romans von Frederick Forsyth über den ehemaligen Kommandanten des Ghettos Riga und des KZ Riga-Kaiserwald, Eduard Roschmann.

Gedenken zum Jahrestag

Wie in jedem Jahr wurde am 15. Dezember 2016 am Mahmal für die deportierten und ermordeten Juden Hannovers am Opernplatz eine Gedenkstunde abgehalten. Die Namen der Toten wurden verlesen. Ein jüdischer Kantor sprach das Kaddisch. Anschließend wurden Kränze niedergelegt. Auch unsere Kreisvereinigung legte ein Gebinde nieder. Schülerinnen und Schüler der Humboldtschule hatten die Namen der Deportierten auf Schilder geschrieben und an roten Nelken befestigt. Sie wurden auf einem Trauermarsch von der Schule zum Opernplatz getragen und dort zu einem großen Davidstern ausgelegt. Die Schule wird auch künftig die Ausrichtung der Gedenkfeier übernehmen.

Weitere Veranstaltungen

Am 15. und 16. Februar wird Professor Dr. Peter Longerich, Freiburg, in einer Fortbildungsveranstaltung und einem Vortrag die Entwicklung der faschistischen Judenpolitik bearbeiten. Über den Verbleib des Vermögens der jüdischen Bevölkerung der Region Hannover spricht Dr. Anton Weise am 26. März.

Reinhold Weismann-Kieser

Sanitäter in britische Gefangenschaft geraten war, berichtete bei seiner Vernehmung durch den Geheimdienst in Camden Park ausführlich über die Judentransporte und die Beteiligung der einzelnen Polizeidienststellen. Abschriften der Protokolle befinden sich im Britischen Nationalarchiv (»Deportation of Jews from Hanno-

Deutsch-niederländische Initiative 8. Mai Porträts von Moorsoldaten

Mitglieder der VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen arbeiten in der »Deutsch-Niederländischen Initiative 8. Mai« (»Nederlands-duitse werkgroep 8 mei«) mit, die seit vielen Jahren die jährlichen Gedenkveranstaltungen zum Tag der Befreiung in der Begräbnisstätte Esterwegen durchführt.

Die Veranstaltungen verbinden das Gedenken an die Opfer des Faschismus mit der Kritik an heutigen neofaschistischen Entwicklungen.

Auf der Website <http://initiative8mai.de>, die sich gerade im Aufbau befindet, sollen zunächst die Veranstaltungen dokumentiert werden. In Zukunft würden wir gerne ehemalige Moorsoldaten porträtieren. Wir bitten deshalb alle, die uns Material (Biografien, Fotos, Dokumente) zur Verfügung

stellen können, mit uns unter moorsoldaten@initiative8mai.de Kontakt aufzunehmen.

Außerdem hat sich am 7. Oktober 2016 eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich der Dokumentation der Fluchtwege und der Arbeit der Internationalen Roten Hilfe widmen will. Wir bitten auch hierfür um Unterstützung und Beiträge sowie um Kontaktaufnahme unter fluchtwege@initiative8mai.de.

Jörg Meinke

Die Täter: Neue Quellen

Kurt Fuhr, ein Kriminalkommissar-anwärter aus Hannover, der später als



Die 8. Regionalkonferenz tagte in Herzogenrath

Gemeinsam »Aktiv gegen Rechts«

Am 3. Dezember 2016 tagte in Herzogenrath-Merkstein wieder die Regionalkonferenz »Aktiv gegen Rechts«. An der achten Auflage der Tagung beteiligten sich rund 70 Menschen. Darunter Politikerinnen und Politiker der Stadt und StädteRegion Aachen, Vertreterinnen und Vertreter lokaler und regionaler Initiativen gegen die extreme Rechte sowie zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Nach der Diskussion führte die Grundschule Pannesheide im Rahmen der Aktion »Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage« eigene Stücke zum Thema auf. Anschließend führte das »Herzogenrather Bündnis gegen Rechtsextremismus« – das die tatkräftige Organisation der Veranstaltung vor Ort übernommen hatte – eine Unterschriftensammlung gegen Rassismus durch.

In verschiedenen Arbeitsgruppen, unter anderem unter der Leitung von Helmut Kellershohn (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung), wurde z. B. über den Kulturkampf der neuen Rechten informiert sowie

mit dem Vorsitzenden der Integrationsräte in NRW, Tayfun Kelttek, über die Rechte von Migrantinnen und Migranten diskutiert. Ein zentrales Thema war zudem die Situation der Flüchtlinge vor Ort.

Aus dem Abschlussappell:

»Die Herausforderungen durch eine neue und populistische Rechte werden im Jahr 2017 – gerade mit

Blick auf die Landtagswahl in NRW sowie die Bundestagswahl – die politische Debatte bestimmen. Die Anschläge auf Moscheen und Flüchtlingsheime in den vergangenen Monaten zeigen, wie dringend hier Aufmerksamkeit geboten ist.

(...) In Stadt und StädteRegion Aachen werden wir im kommenden Jahr aktiv in die Wahlkämpfe eingreifen, um rechtsextreme und rechtspopulistische Agitation zurückzuweisen. Wir ermuntern alle demokratischen Kräfte, sich an dieser Auseinandersetzung zu beteiligen.« Siehe auch: <https://tinyurl.com/zz4b8jp>

Mörder aus Einsatzgruppen leben noch Den Tätern auf der Spur

Seit dem 20. Juni 1941 waren rund 3.000 Kriminal- und Gestapobeamte, SS-Leute, Waffen-SS- und Ordnungspolizisten als Einsatzgruppen A, B, C und D in der Ukraine zu Mordaktionen im Einsatz.

Babi Jar in Kiew, der Botanische Garten im Uni-Gelände und die Psychiatrische Klinik Igrin von Dnjepropetrowsk waren bedeutende Schauplätze dieser Massenverbrechen. 36 Stunden benötigten die Massenmörder, um mehr als 30.000 Menschen der jüdischen Bevölkerung von Kiew in Babi Jar zu erschießen.

Eine kleine Reisegruppe aus Wuppertal mit der Beteiligung des Landessprechers der VVN-BdA NRW, Jochen Vogler, begab sich an die Gedenkorte dieser Verbrechen und führte Gespräche mit Nachkommen der Zeitzeugen und mit Historikern.

In einem Offenen Brief der Reisegruppe an die deutsche Justiz werden die Ermittlungsverfahren gegen die mutmaßlich noch acht lebenden Täter der Einsatzgruppen gefordert.

Unterstützt wird dieses Schreiben u. a. von Beate Klarsfeld, Esther Bejarano, Dr. Jehuda Riemer, Kibbutz Urim, Israel, sowie Hans Coppi.

Dokumentiert ist diese Reise unter: <https://tinyurl.com/h2rs8ps>

Jochen Vogler

Last Chance – Einsatzgruppen-Mörder bestrafen!

Offener Brief an die deutsche Justiz

Wir, eine Reisegruppe aus Wuppertal, Dortmund und Witten, wenden uns heute an die Öffentlichkeit und an die deutsche Justiz. (...)

Wir werden an dem Denkmal in Igrin (heute ein Teil von Dnjepropetrowsk) an die Ermordeten erinnern und verbinden das Gedenken mit der Forderung, endlich alle noch lebenden Mitglieder der Einsatzgruppen juristisch wegen Mordes bzw. wegen Beihilfe zum Mord zu belangen.

Bereits im Oktober 2014 hat Efraim Zuroff vom Simon-Wiesenthal-Zentrum dem Justizministerium 80 Namen von Mitgliedern der Einsatzgruppen präsentiert und die deutsche Justiz aufgefordert, die Täter zu finden und wegen Mordes bzw. Beihilfe zum Mord vor Gericht zu stellen (...)

Die Einsatzgruppen gehören zu jenen Einheiten, die nur zu dem

an einer konkreten Tat nicht nachgewiesen werden kann.

Seit Mai 2016 wissen wir durch einen Artikel im britischen Telegraph, dass die Zentrale Stelle in Ludwigsburg nach Auswertung der Liste des Simon-Wiesenthal-Zentrums noch acht lebende Mitglieder der Einsatzgruppen erfasst hat. Ermittlungsverfahren gegen die acht sind aber nicht eingeleitet worden. Das muss sich schnellstens ändern!

Wir fordern die sofortige Aufnahme der Ermittlungsverfahren gegen die acht Verdächtigen und darüber hinaus die Ausweitung der Ermittlungen auf alle Archive und Polizeipräsidien.



Foto: Jochen Vogler

Eine Reisegruppe aus Wuppertal, Dortmund und Witten beim Treffen mit Veteranen in Kiew.

Zweck aufgestellt worden sind, Morde zu begehen. Deswegen könnten deren Mitglieder wegen Beihilfe zum Mord verurteilt werden, selbst wenn ihnen die Beteiligung

Kulturprogramm mit Klaus dem Geiger und dem Kölner Salonorchester
Foto: Jochen Vogler



Redaktion: Ulrich Sander, Landesbüro der
VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29, E-mail: nrw@vvn-bda.de;
www.nrw.vvn-bda.de.
Unser Spendenkonto: Postbank Essen,
IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

Mit der Wiedervereinigung im Jahr 1989 entfiel die materielle Solidarität von Antifaschisten aus Osteuropa. Die VVN-BdA musste ihren Apparat ganz auf Ehrenamtliche umstellen. Das bedeutete zahlreiche Veränderungen für Geschäftsstelle und Archiv.

Aktuell hebt die VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen zwei Projekte hervor: »Verbrechen der Wirtschafft in der Zeit von 1933 bis 1945« – neben den auch in Düsseldorf zahlreich ins Pflaster eingelassenen Stolpersteinen zur Erinnerung an die Nazi-Opfer sollen auch Tatorte und Täter möglichst lokal dingfest gemacht und benannt werden können.

Und zweitens: Die »Kinder des Widerstands«. Sie wollen dem antifaschistischen Kampf ein persönliches Gesicht geben und an den Einsatz der Eltern und Großeltern und befreundeter Antifaschisten erinnern.

Die Feierstunde im Zakk

Falk Mikosch, Jochen Vogler, Klara Tuchscherer, Ulrich Sander und Ulrich Schneider haben die Entwicklung in ihrem Referat »70 Jahre VVN Nordrhein-Westfalen« niedergeschrieben. Das Referat wurde vorgetragen. Der obige Text stützt sich darauf.

Das Orchester des Kölner Kunstsalons mit Klaus, dem Geiger, der IG Metall-Chor CHORrosion und die Schauspieler Andreas Weißert und Peter Sturm gestalteten mit Liedern und Texten das Kulturprogramm.

Und dies ergab die Hauptaussage des Treffens. Auch wenn es in diesem Artikel nur kurz am Ende erwähnt wird. Wer mehr erfahren, sehen und hören will, der wähle: https://www.youtube.com/watch?v=IPwgUc_Jj10.

Dirk Neubauer

Quelle: <http://www.report-d.de/Duesseldorf/Aktuelles/Duesseldorf-feiert-70-Jahre-VVN-Faschismus-ist-ein-Verbrechen-66791>

In Düsseldorf gewürdigt: 70 Jahre VVN an Rhein und Ruhr

Eine bittersüße Feier im Zakk

Im Jahr 1946 wurden Kalorien gezählt, und jedes Gramm Butter war hochwillkommen. 2016 werden Landtage gezählt, in denen die Flüchtlingshitzer der AfD Platz nehmen. Was ist schlimmer zum 70. Geburtstag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)? Wohl dies: Ausgrenzung und Menschenverachtung haben es wieder in die Hauptnachrichten geschafft, hinein in die dumpfen Schädel von Schreihälsen und scheinbar besorgten Bürgern, die glauben, das, wie sie es nennen, »versifft« Deutschland über die Flüchtlingsfrage wieder auf rechts krepeln und Freiheiten einschränken zu können.

Bittersüß feierte die VVN-BdA ihren Jahrestag im großen Saal des Zakk. Für die Stadt Düsseldorf kam Oberbürgermeister Thomas Geisel (SPD) – kein Stellvertreter und keine kühle Absage. So wäre es in Düsseldorf vor nicht allzu langer Zeit gewesen. Der Bundesvorsitzende der VVN-BdA, Dr. Axel Holz, überbrachte die Grüße der Bundesorganisation. Bittersüß feierte die VVN, weil die Mitglieder spüren, dass sie gerade jetzt dringend gebraucht werden.

CDU über das Zentrum, SPD bis hin zur KPD und den Kirchen und der jüdischen Gemeinde. Das war die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als Düsseldorf in Trümmern lag und Menschen blinzelnd aus den Kellern krochen. Die VVN wurde gegründet mit der

müssen nicht nur den Schutt aus den Straßen räumen, wir müssen auch den Schutt aus den Köpfen räumen.« Das ist nicht komplett gelungen. Schon bald waren die Nazi-Bonzen und Beamten wieder in verantwortlichen Positionen. 1968 gab Beate Klarsfeld dem Bundeskanzler und vormaligen Auslandsrundfunkchef der Nazis, Kurt Georg Kiesinger, eine schallende Ohrfeige. Sie wurde noch am gleichen Tag zu einem Jahr Haft verurteilt. Der Münchener NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe und andere dauert bereits seit dreieinhalb Jahren.

Öffnung für neue Generationen

1971 beschloss die VVN beim Bundeskongress in Oberhausen die Namensweiterung »Bund der Antifaschisten«. Damit wurde die Organisation für Nachgeborene geöffnet. Man wollte den 68ern eine Heimat geben und hoffte auf frischen Wind. Die zahlreichen gemeinsamen Projekte mit der Gewerkschaftsjugend und zahlreichen weiteren Organisationen zeugte von der breiten Akzeptanz des Antifaschismus.

Einladung

Landesdelegiertenkonferenz Nordrhein-Westfalen der VVN-BdA.

Sonnabend, 18. Februar 2017, im ver.di-Gebäude, Karlstraße 123-127, 40210 Düsseldorf. Informationen unter www.nrw.vvn-bda.de

festen Ansage, man werde keiner Weltanschauung hinterherlaufen, sondern Gemeinsamkeit fördern.

Es ging um Nahrung, um beheizbaren Wohnraum und um dies: »Wir

Nach dem Zusammenbruch – ein Moment der Einigkeit

Dabei gab es einmal eine Zeit, in der sich alle einig waren gegen Nazis und Faschisten – von der

Opfer der NS-Militärjustiz beenden Arbeit mit sächsischer Gedenkstättenstiftung: »Skandalöse Haltung« attestiert

Die Bundesvereinigung »Opfer der NS-Militärjustiz« hat ihre Mitarbeit am Ausstellungsprojekt »Spuren des Unrechts« in Torgau, das die Stiftung Sächsische Gedenkstätten anbietet, eingestellt.

Der Vorsitzende der Bundesvereinigung Ludwig Baumann sowie Dr. Rolf Surmann, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesvereinigung und zugleich Mitglied im Beirat der Gedenkstättenstiftung, verweisen mit Blick auf die Schwerpunktsetzung der Ausstellung auf eine »skandalöse Haltung gegenüber den Opfern der NS-Militärjustiz, deren zunächst generelle Diskriminierung nach 1945 in Sachsen offensichtlich bis auf den heutigen Tag fortexistiert«, auf

»erinnerungspolitisches Versagen und mangelnde Wertschätzung der von uns repräsentierten NS-Opfer«.

Dazu erklärte MdL Franz Sodann, kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion im sächsischen Landtag: »Diese Entscheidung ist sehr bedauerlich, aber auch verständlich. Seit dem Ende der 1990er Jahre ringt die Bundesvereinigung darum, dass am zentralen Ort der Verbrechen der NS-Militärjustiz in Torgau würdevoll an die Opfer erinnert wird. Über fast zwei Jahr-

zehnte hinweg scheiterte dies an der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und an der Staatsregierung.

Laut der Bundesvereinigung sei kaum zu erwarten, dass auch nur ein einziges Opfer der NS-Militärjustiz eine »den historischen Tatsachen angemessene Darstellung seines Verfolgungsschicksals« in Torgau erleben werde. Die Geschäftsführung und der Stiftungsrat der Gedenkstättenstiftung sowie



Foto: ludwigbaumann.de

die Staatsregierung müssen dafür sorgen, dass sich diese düstere Prognose nicht bewahrheitet. Die Ausstellung muss endlich neu gestaltet werden!

Auch dieser Vorgang zeigt: Es ist dringend notwendig, die Arbeit der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten und insbesondere ihrer Geschäftsführung von außen zu bewerten. Meine Fraktion fordert das schon seit längerer Zeit. Eine Chance, das zu tun, bietet die Stiftungsratssitzung am 12. Dezember 2016. Große Erwartungen hege ich allerdings nicht.«

F.S.

Auseinandersetzung in Radebeul um Ausstellung zu Interbrigadisten

Sehen – Zuhören – Mitreden

Unter diesen Aspekten hat die VVN-BdA, Region Dresden e. V., zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion in den Kulturbahnhof Radebeul eingeladen. Warum? Am 20. Oktober 2016 wurde im Zusammenhang mit dem 80. Jahrestag der Bildung der Interbrigaden eine Ausstellung »Der Weg der Schwestern Úriz von Badostáin nach Ostberlin und Spuren ehemaliger Kämpfer/innen in Radebeul und Dresden« während einer Gedenkveranstaltung eröffnet.

Dabei wurde auch der direkte Bezug zu Radebeul und Dresden hergestellt. In beiden Städten wohnten spanische Emigranten mit ihren Familien.

Im Vorfeld der Veranstaltung gab es durch Mitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und des Bürgerforum/Grüne des Radebeuler Stadtrates verbale Kritiken an dieser Ausstellung und gegen den Oberbürgermeister, Bert Wendsche (parteilos). Von Glorifizierung von Kriegsverbrechen, Kriegstourismus und von Schießwilligen und Schießwütigen war die Rede. Der Oberbürgermeister sollte erklären, wie er seine Eröffnungsrede halten will. Jan Mücke (FDP) verstieg sich zu der Frage, wieso der »linksextremistischen VVN-BdA, die vom Bayerischen Verfassungsschutz beobachtet wird«, der Kulturbahnhof zur Verfügung gestellt würde.

Das alles geschah am 19. Oktober 2016. Die Ausstellung kannten die Stadträte also noch nicht. Die Reaktion der regionalen Presse – »Sächsische Zeitung« und »Dresdner Neueste Nachrichten« – war entsprechend.

Oberbürgermeister Wendsche ließ sich nicht beirren und hielt eine, von allen Anwesenden beachtete, inhaltsreiche Eröffnungsansprache. Er würdigte sowohl die Interbrigaden zur Verteidigung der demokratisch gewählten Volksfrontregierung als auch die Arbeit der VVN-BdA, Region Dresden.

Wir hatten uns entschlossen, keine schriftlichen Auseinandersetzungen zu führen, sondern luden alle Stadtratsfraktionen für den 11. November zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion ein. Die »Kritiker«, bis auf Bürgerforum/Grüne, lehnten eine Teilnahme ab. Sie verpassten so eine Chance, ihre Haltung öffentlich zu begründen.

Am 23. November fand eine öffentliche Sitzung des Stadtrates statt. Es wurde noch einmal die Ausstellung thematisiert. Die Fraktionen Die Linke und der SPD unterstützten nachhaltig die Ausstellung. Jan Mücke wiederholte seine verbalen Angriffe gegen die VVN-BdA. Gleichzeitig heuchelte er »seine Hochachtung vor allen KZ-Insassen und Häftlingen von Zuchthäusern, die gegen die Nazis kämpften«. Ich sehe darin eine Beleidigung für alle Widerstandskämpfer.

Die CDU-Fraktion verteidigte im Wesentlichen ihre Haltung, schlug aber etwas moderatere Töne an. Dr. Ulrich Reusch, der Fraktionsvorsitzende, erklärte, dass sie gern bereit sei, die VVN-BdA weiterhin zu unterstützen. Sie lehne Gespräche nicht prinzipiell ab.



Oberbürgermeister Bert Wendsche eröffnet am 20. Oktober 2016 die Ausstellung »Der Weg der Schwestern Úriz von Badostáin nach Ostberlin und Spuren ehemaliger Kämpfer/innen in Radebeul und Dresden« im Radebeuler Kulturbahnhof. Foto: André Lang

Dabei muss erwähnt werden, dass weder Dr. Reusch noch Mitglieder der Fraktion bisher an Gedenkveranstaltungen teilgenommen haben, die unser Regionalverband durchführte. Wir sollten die Äußerungen aber aufgreifen, das Gespräch, trotz aller Vorbehalte, suchen und die Bereitschaft, uns zu unterstützen, mit konkreten Vorschlägen festmachen. So können wir erfahren, wie ernst es der CDU tatsächlich ist.

Roland Hering, Radebeul

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehleiner Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de oder vvn-vogtland@t-online.de

Spenden: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02